

*A. K. K. K.**München 1799*

Weder jezt das Direktorium,

noch

das Habsburg'sche Kaiserthum später!

Handwritten text, possibly a signature or name, written in cursive script.

Faint, illegible text, possibly a title or header.

Faint, illegible text, possibly a title or header.

17

18

Weder jezt das Direktorium,

noch

das Habsburg'sche Kaiserthum später!

Antwort

an

den „Großdeutschen“ Herrn Dr. Wuß

von

Gustav Pfizer.



Stuttgart.

1849.

Bei Paul Neff.

Wieder ist das Direktorium

das Buch für den Staat zu kaufen



dem Herrn Dr. ...

Dr. ...

...

...

...

Sie haben, Herr Dr. Buß, ein Sendschreiben an mich erlassen, unter dem Titel: „Die deutsche Einheit und die Preußenliebe,“ eine Erwiderung auf mein Schriftchen: „Die deutsche Einheit und der Preußenhaß.“ Ihr Sendschreiben zu beantworten wäre ich nun natürlich in keiner Weise, etwa durch die Gesetze der Höflichkeit und des geselligen Anstandes, verbunden; denn Sie haben mir das Sendschreiben nicht zugesandt, sondern ich habe, um es zu lesen, es vom Buchladen holen müssen; und wahrhaftig, ich würde es nicht als eine Artigkeit betrachtet haben, wenn Sie es mir geschickt hätten; denn es ist nicht in einem Ton und in einer Manier geschrieben, daß es unter die freundschaftlichen Briefe zu rubriciren wäre, obwohl ich es, als polemische Schrift betrachtet, ganz und gar nicht übel nehme. Was darin gut und wahr seyn sollte, das kann mir zur Belehrung dienen; was etwa die Regeln und Formen der Urbanität verletzt, das fällt auf Sie zurück. Aber ich will Ihnen antworten, weil ich gerade Lust und Muße dazu habe; weil Ihr Schriftchen mir willkommne Gelegenheit gibt, mich über einige wichtige, vielfach mißverständene Punkte weiter auszusprechen, und weil ich keine Aufforderung versäumen will, für die deutsche Sache nach dem Maß meiner Kräfte thätig zu seyn, obgleich Sie mir (S. 5) vorwerfen, „gegen Deutschland zu schreiben!“

Es könnte mich fast stolz machen, daß ein Mann von Ihrem Gewicht, Herr Dr. Buß, der Mann, der „gleich in der ersten Viertelstunde seines Eintritts in die Paulskirche, ehe er nur noch einen Sitz gefunden und seinen Hut abgelegt“, als kampffertiger Ritter für Oestreich und Süd-Deutschland aufgetreten, — der Mann, der „als letzter Vertreter der groß-deutschen Partei“ in Frankfurt geblieben — des Sommers letzte Rose, aber nicht ohne Dornen! — „um einem schwachen Reichsministerium von Zeit zu Zeit — (gleichsam als einziger Vertreter des deutschen politischen Gewissens!) — zu zeigen, was Deutschland will;“ (S. 6) — der Mann, der allein von der groß-deutschen Partei das deutsche Kaiserthum Dest=

reichs von der Rednerbühne aus verlangt und hiemit, nach seiner festen Versicherung, den Wunsch und Willen der Mehrheit der Deutschen ausgesprochen hat, (S. 14) — der Mann endlich, der dem Fürsten Metternich vor vier Jahren in der Staatskanzlei offen seine Meinung über dessen System gesagt; worauf der Fürst „groß genug war,“ Herrn Dr. Büß's „Meinung und ihre Begründung schriftlich von ihm zu begehren, (S. 18) — es könnte mich, sage ich, fast stolz machen, daß ein solcher Mann mein Schriftchen einer Erwiderung würdigt; aber Sie haben auf der andern Seite wieder dafür gesorgt, daß mir die stolzen Gedanken vergehen. Sie nennen mich einäugig und blind (S. 4); Sie sagen, Wer das Verhältniß der Direktorialverfassung zur alten Bundesverfassung so auffasse, wie ich, „der hat von Regierungsformen keinen Begriff;“ Sie stellen mein Anrecht auf das Prädikat eines „einfach verständigen Menschen“ in ein sehr zweifelhaftes Licht (S. 29), und Sie begleiten die Bitte, Ihnen „den Fürsten Metternich gehen zu lassen,“ mit dem urbanen Wort: „Jeder Esel reibt sich an dem todtten Löwen.“ Das Alles ist nicht sehr schmeichelhaft, so wenig als die Aeußerung: „Es ist mir leid, daß ich von Ihnen auch gar Nichts, nicht einmal eine Entschuldigung für mich selbst hinnehmen kann. Ich muß mich im Gegentheil gegen Alles verwahren, was von Ihnen kommt.“

Ich bin nun aber nicht gemeint, Gleiches mit Gleichem zu vergelten; ich nehme von Ihnen gern an, was mich aufklären und fördern kann; mein Grundsatz ist: prüfet Alles und das Gute behaltet; ich sträube mich nicht dagegen, Uebereinstimmendes in unsern Ansichten oder Bestrebungen anzuerkennen; ich halte Sie endlich für einen klugen, gescheuten, tüchtigen und amüsanten Mann. Dieß ist auch ein Grund, warum ich auf Ihre Schrift antworte.

Einverstanden bin ich mit Ihnen — um mit dem irenischen Theil zu beginnen — in gar Manchem, was Sie, wie es scheint in der Meinung mich zu bekämpfen, über die unsrer Zeit und auch der Paulskirche eignenden Gleichmachungs- und Verflachungsgelüste, über die heillose Mißachtung und Vernichtung aller Eigenthümlichkeiten, über schaaale Aufklärung und Verpfuschung des Volks, über falsche Humanität und nihilistische Philosophie, über die nöthwendige Erhaltung der gesunden Elemente des Volkslebens an mehreren Stellen Ihrer Schrift sagen. Einverstanden bin ich mit Ihnen darin, daß die Grundrechte in ihrer jetzigen Gestalt und Ausdehnung das Heil des deutschen Volkes nicht begründen können. Ober liegt dieß nicht auch im Sinn Ihrer Worte (S. 25), wo Sie sich gegen den Ueberfluß von Centralisation (so wird statt Decentralisation zu lesen seyn?) erklären. Wenigstens folgt mit logischer Nothwendigkeit aus

Ihrer Vertheidigung der natürlichen Eigenart und Freiheit, daß Sie die durch die Grundrechte, ohne Beachtung der historisch gewordenen und daher verschieden gearteten Verhältnisse, für ganz Deutschland geforderte Uniformirung nicht gutheissen können.

Sie wundern sich vielleicht, daß ich mich gegen die Centralisirung ausspreche und beschuldigen mich vielleicht der Inkonsequenz. Aber vielmehr muß ich Sie arger Mißverständnisse beschuldigen, die bei einiger Aufmerksamkeit oder gutem Willen leicht zu vermeiden gewesen wären. Meine Behauptung ist, daß, wenn die Einheit Deutschlands begründet werden solle, weniger die Centralität als die Totalität zu missen sey. Dem Begriffe der politischen Centralität, worunter ich verstehe, „daß Deutschland einen festen Mittelpunkt, eine einheitliche Leitung, getragen von einer starken, Achtung gebietenden Macht, bekomme,“ (S. 1) schieben Sie, Herr Dr. Busl die administrative Centralisation unter, wie sie in Frankreich besteht (S. 36, 22, 25). Aber diese beiden, himmelsweit verschiedenen Begriffe zu verwechseln, ist mir nie in den Sinn gekommen, und während ich die politische Centralität Deutschlands allerdings als unerlässlich für ein politisches Deutschland, — im Unterschied von einem bloß geographischen — ansehe, will ich durchaus keine administrative Centralisirung, d. h. eine solche Verfassung, wodurch, abgesehen von den Bedingungen einer rasch und einheitlich, namentlich dem Auslande gegenüber, wirkenden Regierungsmacht, die damit verträgliche Selbstständigkeit und Freiheit der Gliederstaaten verkümmert und zu Gunsten einer Hauptstadt, einer das ganze Reich in allen Beziehungen mit ihren Fäden bewegenden und einschnürenden Bürokratie konskriert würde. Sie selbst führen (S. 23) das Beispiel Englands an, welches eine Staats-Einheit (d. h. Centralität) nur nach außen kenne; im Innern aber ein Büschel fast ganz selbstständiger Gemeinen sey. Nun, bloß von dieser Centralität nach Außen habe ich zunächst gesprochen; und wenn in Deutschland noch Königreiche, Herzogthümer, Fürstenthümer, freie Städte im Bundesstaat bestehen sollen, so kann auch wahrlich von einer Centralisation in dem Sinne, wie sie in Frankreich besteht, nicht die Rede seyn; die unerlässliche Centralität dagegen würde fehlen, wenn nicht eine einheitliche oberste Gewalt Deutschland gegen Außen verträte, über die deutsche Heeresmacht (und Flotte) im Krieg verfügte und auch im Frieden schon die erforderlichen Befugnisse hätte, um die gehörigen Vorbereitungen und Einrichtungen zu treffen. Gesehlt hat diese Centralität in England vor der Vereinigung Schottlands, zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts, und Irlands, hundert Jahre später, mit England, mittelst Einverleibung der Parlamente dieser Länder in das englische Parlament; aber dieser Uebel-

stand war minder fühlbar, weil doch wenigstens Einheit und Verknüpfung im Oberhaupt bestand, und die bei weitem minder mächtigen und wohlhabenden Königreiche der Führung, dem Impulse Englands sich kaum je entziehen konnten. Sie hat in der östreichischen Monarchie, obgleich sie aus verschiedenen Königreichen und Fürstenthümern bestand, insofern doch nicht gefehlt, als der absolute Wille des Kaisers über alle Kräfte der Monarchie verfügte, — mit Ausnahme Ungarns, das, durch seine Verfassung einigermaßen geschützt, seine Leistungen vertragsweise entrichtete, aber doch auch der K. K. Regierung nur die angemessenen Steuern oder Soldaten verweigern und beschränken, nicht aber die freie Aktion des Eines Willens der kaiserlichen Regierung hemmen konnte. Ganz und gar gefehlt aber hat die Centralität im bisherigen deutschen Bunde, wo rechtlich zur Fassung von Beschlüssen in den wichtigsten Dingen Stimmeneinhelligkeit der sämmtlichen Bundestagsgesandten erforderlich, wo jedenfalls faktisch jede wichtige Entscheidung von der Uebereinstimmung der zwei Großmächte im Bund abhängig, wo der deutsche Bund als solcher gar nicht, wohl aber jeder kleine Staat bis zum Herzogthum herab durch eigene Gesandte im Ausland vertreten, und die bewaffnete Macht im Frieden keiner einheitlichen Oberleitung, sondern nur gelegentlichen gegenseitigen Inspektionen unterworfen war. In diesen Punkten zunächst soll nun, dieß war und ist der dringende Wunsch aller Patrioten, Centralität geschaffen werden; womit ganz wohl vereinbar ist, daß so viele und so prächtige Residenzen und Hofhaltungen und einzelne Landesverwaltungen bestehen, als die Völker und Völkchen ertragen können, ebenso eine Mannigfaltigkeit der Besteuerung, wie sie den einzelnen Staaten gemäß seyn mag, ein über ganz Deutschland sich verbreitendes Netz von Bildungsanstalten, Universitäten, Kunst- und Naturaliensammlungen, Theatern u. s. w. Zu läugnen, daß Ganzheit und Centralisation an sich mit einander bestehen können, ist mir nie in den Sinn gekommen, und außer Ihnen hat mich schwerlich Jemand so mißverstanden, sondern nur bei der Erstrebung der Einheit für Deutschland stößt man, bei den einmal gegebenen, historisch gewordenen Verhältnissen auf die Unmöglichkeit, die Ganzheit mit einer wahren, strengen Centralität in meinem Sinne zu verbinden, und muß man sich entschließen, entweder auf jene, oder auf diese in ihrem scharfen Begriff zu verzichten.

Ein zweites arges Mißverständniß ist Ihnen begegnet in Betreff meiner Aeußerung über jenen Trinkspruch des Erzherzogs Johann: „Kein Oestreich, kein Preußen mehr, sondern ein einiges, starkes Deutschland!“ Ich habe darin „einen frommen Wunsch, eine patriotische Phantasie“ gefunden, habe aber hinzugesetzt: „nüchternen Männern des Gedankens,

des Rathes und der That sey damit nicht geholfen.“ Nun stimmen Sie eine höchst pathetische Tirade an über den ganzen Jammer und das Elend der unseligen Trennung und Spaltung Deutschlands seit dem westphälischen Frieden, — (Sie hätten auch noch weiter zurückgehen können, —) und über den Jubel in ganz Deutschland bei der plötzlich anbrechenden Hoffnung auf Herstellung der Einheit, — als ob ich dieß Alles nicht fühlte, nicht anerkannte! während meine Meinung einfach die ist: mit der bloßen Bezeichnung des Ziels, der Einheit Deutschlands, ohne Angabe der möglichen Mittel und Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen, ist nichts ausgerichtet. Dieß habe ich auch theils durch die Analogie des Wunsches nach Vereinigung der verschiedenen christlichen Kirchen, theils ausdrücklich mit den Worten angedeutet: es sey damit „noch nicht die Bahn vorgezeichnet, um das traumhaft vorschwebende Ziel zu erreichen.“ Oder besitzt Erzherzog Johann wirklich den Zauberers-Apparat, um Oestreich und Preußen plötzlich, wie ein Bosco Uhren in Mäuse oder Tauben, in ein einiges Deutschland zu verwandeln?

Erst in neuester Zeit habe ich aus Kochau's Aufsatz über die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung in der deutschen Vierteljahrsschrift Bd. 47 S. 164 erfahren, daß der Erzherzog jenen Ausspruch zwar nachträglich gutgeheißt, aber erklärt habe, daß derselbe nicht von ihm herrühre. Dafür sprechen auch innere Gründe, um so mehr, je mehr man den Verstand dieses Fürsten anerkennt. Der Gedanke, daß Oestreich und Preußen in Deutschland untergehen sollen, kann einem österreichischen oder preussischen Fürsten wohl kaum in vollem Ernst kommen. „Ich habe mich immer vor Allem als Oestreicher gefühlt,“ sagte v. Schmerling vor den Wiener Wählern, und sprach darin gewiß die Wahrheit. Wir tadeln das nicht; wir erkennen daraus das Vorhandenseyn, die Stärke eines österreichischen Nationalgefühls, welches auch in Ihnen, Herr Dr. Busch, als einem geborenen Oestreicher, wie Sie selbst gestehen, S. 36, noch mächtig nachwirkt, und natürlich lebt dieß Gefühl unendlich stärker in einem habsburgischen Prinzen. Oestreich und Preußen zugleich könnten in einem einigen reinen Deutschland wohl nur untergehen mittelst der Zerschlagung und Zertrümmerung dieser beiden großen Monarchien; und diesen Wunsch, diese Phantaste darf man einem Erzherzog Johann nie zutrauen. Wenn ein österreichischer Prinz jenes Wort aussprach oder guthieß, so konnte er im Grunde wohl nur an ein österreichisches Deutschland denken; etwa wie jene Frau, welche in schlimmer Ehe lebte, zu ihrem Manne sagte: „Ich wollte, Gott nähme Eines von uns zu sich, dann zöge ich nach Pforzheim.“

Nach Abweisung dieser Mißverständnisse wende ich mich zu einigen Vorwürfen, welche Sie mir machen, und welchen wenigstens kein Mißverständniß zu Grunde liegt. Ob Sie aber sonst dazu das Recht haben, wird sich zeigen. Sie sagen S. 9: meine Behauptung, daß „die Gegenpartei der Großdeutschen noch keinen ins Einzelne eingehenden Vorschlag und Entwurf einer deutschen Reichsverfassung auf der Grundlage der Totalität Deutschlands aufzustellen vermocht habe,“ sey nicht wahr, denn „Herr Heckscher hat im Namen der großdeutschen Partei den Antrag auf die Gründung eines Direktoriums eingebracht, worin im Einzelnen alle durch diese Aenderung der Verfassungsform nothwendig werdenden Aenderungen der einzelnen Bestimmungen der Reichsverfassung und die sie ersetzenden Normen aufgenommen waren,“ und Sie weisen auf einen weitem Antrag dieser Partei am 11. April auf Abänderung des Kapitels vom Reichsoberhaupt hin. Nur der Heckscher'sche Entwurf kommt hier in Betracht; und hier könnte Ihr Vorwurf allerdings begründet erscheinen, sofern ich dieß Aktenstück außer Acht gelassen habe. Aber eine nicht geringe Entschuldigug wird dieß mein Uebersehen in der geringen historischen Bedeutung finden, welche diesem Entwurf zu Theil wurde, indem er gar nicht zur Berathung und ernstlichen Erwägung kam. Er war eine, zwar im Auftrage der Partei aber doch in der Art einer Privatarbeit von Herrn Heckscher in aller Eilfertigkeit, mittelst rascher und allerdings tiefgreifender Correkturen des Hauptentwurfes zu Stande gebrachte Proposition, um doch auch mit etwas Positivem den Gegnern die Spitze bieten und dem kaiserlichen Hofe etwas Annehmbares vorlegen zu können. Ob die gesammte Partei der Großdeutschen, — welche, ohne die mit ihnen damals verbündete und durch principwidriges Stimmen mit ihr gewonnene Linke keine sehr bedeutende Fraktion ausmachten, — von der Vortrefflichkeit und Probehaltigkeit dieser Arbeit durch gründliche, tiefgehende Prüfung sich überzeugt hatte, ob nicht Manche zunächst nur ein taugliches Operationsmittel darin sahen? — diese Fragen dürfen um so eher aufgeworfen werden, als Sie selbst, „der letzte Vertreter der großdeutschen Partei in Frankfurt,“ der gründlichste Kenner des offenbaren und des verborgenen Willens der Nation, von diesem Heckscher'schen Entwurf „nicht bestridigt“ waren! S. 10. Und endlich habe ich auf derselben Seite meiner Schrift, wo ich die Aufstellung eines ins Einzelne gehenden Entwurfes von Seiten der Großdeutschen vermissen, weiter unten die von den Erbkaiserlichen festgehaltene Verfassung näher als eine solche bezeichnet, „welcher die Möglichkeit der Ausführung selbst von den Gegnern nicht schlechthin abgesprochen wird,“ und hinzugefügt: daß „die Großdeutschen einen solchen Entwurf zur

Zeit noch schuldig seyen.“ Mit dieser nähern Bestimmung, welche nach den Gesetzen einer gesunden Auslegung den allgemeinen Ausdruck modificirt, habe ich mit der von Ihnen angefochtenen Behauptung Recht.

Weiter lassen Sie mich also an, (S. 11): „Sie wollen, Herr Nachbar, in öffentlich rechtlichen Dingen mitreden, und wissen nicht, daß die Bundesakte in allen ihren Bestimmungen zur Stunde noch fortbauert, welche nicht durch die Reichsgesetze im vorigen und laufenden Jahr aufgehoben oder abgeändert worden sind!“ Ich habe nämlich unter den Gründen, welche die Abneigung Oestreichs gegen die politische Freiheit und sein Streben nach Herstellung des alten deutschen Bundes im Wesentlichen vermuthen lassen, auch „die Berufung auf die Bundesakte“ genannt. — Sie folgern aber nicht richtig, Herr Dr. Bus! Ich habe der österreichischen Regierung nicht das Recht bestritten, sich auf die Bundesakte zu berufen, sondern ich habe nur aus ihrer häufig wiederkehrenden, ja stehenden Berufung, (wie ich mich hätte genauer ausdrücken können,) einen Schluß auf ihre der Freiheit Deutschlands ungünstige Gesinnung gemacht, und das mit vollem Recht! Wenn in einem Staat das Gesetz auf Abschaffung der Todesstrafe beschlossen, aber noch nicht verkündigt und in Kraft getreten ist, und die Regierung läßt am Tage, ehe es in Kraft tritt, noch eine Hinrichtung vollziehen, in Kraft der alten Gesetzgebung, so ist sie im Recht; aber Jedermann wird daraus schließen, daß sie der Abschaffung der Todesstrafe nicht hold ist. Aber, Herr Dr. Bus, die fortdauernde Gültigkeit der Bundesakte, — die ich, wie gesagt, in der von Ihnen gescholtenen Stelle nicht bestritten habe, — ist auch gar nicht so unangefochten und über allen Zweifel erhaben, wie Sie, mit der österreichischen Regierung, behaupten! Wer die Wiederkehr des alten Bundes, oder doch wenigstens die Oberleitung Oestreichs wünscht, muß freilich die fortwährende Gültigkeit der Bundesakte wünschen und behaupten, als höchste oder ausschließliche Norm; aber die Hannoverische Regierung z. B., welcher Sie doch nicht werden verwehren wollen, in öffentlich rechtlichen Dingen mitzureden, ist, (oder war?) dem Hamburger Correspondenten zufolge, „der Ansicht, daß sowohl die europäischen Grundverträge, worauf die Bundesakte ruht, als der deutsche Bund selbst durch die Revolution von 1848 beseitigt, oder doch in Frage gestellt sey.“ Ich weiß recht gut, daß Oestreich das höchste Interesse hat, sich an die deutsche Bundesakte anzuklammern; ich weiß, daß auch Preußen die Gültigkeit derselben nicht bestritten, vielmehr selbst die Gründung des engern Bundes im weitem, des Bundesstaates, durch Berufung auf Art. XI. der Bundesakte rechtfertigt; ich weiß, daß Jeder, der nicht allgemeinen Umsturz, Verwirrung und Chaos will, die Nothwendigkeit anerkennt, ein

die deutschen Stämme und Staaten nothdürftig zusammenhaltendes Band, wie es in dem deutschen Bund und dessen Verfassungsurkunde gegeben ist, nicht gänzlich zu zerreißen, an einzelnen Bestimmungen desselben, namentlich in Bezug auf den Schutz Deutschlands gegen Außen, festzuhalten: aber Sie, Herr Dr. Bus! scheinen gar nicht zu wissen, scheinen gänzlich vergessen zu haben, daß die Revolution im Frühjahr 1848 — und eine Revolution, wenn auch in mildester Form und gelindestem Verlauf war der eigenmächtige aber ungehinderte Zusammentritt des Vorparlaments mit seinem Beschluß der Zusammenberufung einer verfassunggebenden Versammlung und der Einsetzung des Fünfsziger-Ausschusses, — daß diese Revolution hauptsächlich und ganz eigentlich gegen das Unbefriedigende und Schmachvolle der bisherigen deutschen Bundesregierung und Bundesverfassung, daß sie gegen die Fortdauer der österreichischen Oberleitung der deutschen Angelegenheiten, gegen die Metternich'sche Bevormunds- und Unterdrückungspolitik gerichtet war, und somit auch auf Umgestaltung der Bundes- und Wiener Schluß-Akte bedacht seyn mußte, weil hierauf die heillose Mißregierung des Bundestags sich gründete. War doch die Erbitterung so groß, daß die Reichsversammlung nach Einsetzung der provisorischen Centralgewalt sofort den, doch mit neuen Männern im Sinne der Revolution besetzten Bundestag zur Auflösung drängte! Daß die Verfassung Deutschlands von Grund aus umgestaltet werden müsse, das hat vor 18 Monaten kein Mensch zu bestreiten gewagt; wie weit aber wird man mit dieser Umgestaltung kommen, wenn man sich fleiß und fest auf den Boden der Bundesakte stellt? Ich finde es ganz begreiflich und consequent von Oestreich! aber ich habe starke Bedenken, ob Preußen wohl daran gethan hat, den wichtigen und nothwendigen Schritt zur Gründung des Bundesstaates mit der Berufung auf die Bundesakte zu rechtfertigen. Superflua non nocent! Könnte man sagen; aber jene Berufung war, wenn der Wille den Bundesstaat zu gründen sonst schon feststand, nicht bloß überflüssig, sondern sehr gefährlich, sofern Preußen damit Oestreich die Befugniß einräumte, vom Standpunkt der Bundesakte aus jenen Schritt zu prüfen. Ich begreife es wohl, daß die preussische Regierung, daß namentlich der König von Preußen einen großen Werth darauf legte, die Uebereinstimmung ihrer politischen Schritte mit dem alten Bundesrecht nachzuweisen; aber einerseits dürfte es ihnen, theoretisch betrachtet, nur sehr schwer und unvollständig gelingen, und praktisch werden sie sich immer dadurch gehemmt, beengt, gedrückt fühlen, — wie der Vogel, der mit der Schnur am Fuß und etwa noch mit einem Gewicht daran entkommen ist. Die Revolution war wesentlich eine Emancipation Preußens und Deutschlands von der Vormundschaft

der östreichischen Regierung, und die Akte, auf welcher diese Bevormundung beruht, kann nicht in Gültigkeit bleiben, wenn die Emancipation ganz sich vollenden soll.

Nachdem Sie, Herr Dr. Buß, die Hauptunterschiede zwischen Ihrer Reichsverfassung mit dem Direktorium und der Verfassung des deutschen Bundes in 5 Punkten ausführlich dargestellt, fahren Sie, mich zurechtweisend, also fort: „Wer nun im Hinblick auf diese das innerste Wesen der Verfassung ergreifenden Unterschiede, die Direktorialverfassung den im Wesentlichen alten Staatenbund nennen kann, der hat von Regierungsformen keinen Begriff!“

Sie geben, Herr Dr. Buß, in Ihren 5 Punkten wissenschaftliche Merkmale genug an, um eine schulmäßige, doktrinelte Unterscheidung zwischen der Direktorialverfassung und der alten Bundesverfassung hinlänglich zu rechtfertigen, um sie als verschiedene Stufen zu charakterisiren, und das habe ich nie bezweifelt: ich erkenne manche Vorzüge der erstern vor der letztern an; aber ich kann sie nur für graduell, nicht für specifisch verschieden halten, wenn ich mich auf den praktischen Standpunkt stelle und, absehend von wissenschaftlichen Unterscheidungen und Subtilitäten, nach den praktischen Wirkungen und Früchten für die Nation frage, darnach: ob beim Direktorium der vernünftige Wille und das gute Recht der Nation zur Geltung komme? Ob die Ehre, die Macht der deutschen Nation durch eine kraftvolle, rasch, ungehemmt und einheitlich wirkende Exekutive nach innen und besonders nach außen, in diplomatischer Vertretung und im Kriege, gewahrt und gehoben werde? Und von diesem Gesichtspunkt aus erlaube ich mir noch immer, trotz Ihres verbindlichen Urtheils, bei der Ueberzeugung zu verharren: daß im Wesentlichen beim Direktorium in Bezug auf Macht und Ehre, auf Einheit, ja auf die Existenz Deutschlands Alles beim Alten bliebe, daß es im Wesentlichen ein Zurückkommen auf den alten Staatenbund wäre. Die Möglichkeit eines Gewinns für die Freiheit im Innern habe ich ausdrücklich anerkannt. So groß also die Verschiedenheit in der Form seyn mag, das Wesen, oder Unwesen, bliebe dasselbe. Ich komme aber auf Ihr Direktorium noch ausführlicher zu sprechen. Hier will ich nur zur Bestätigung meiner Behauptung, darauf hinweisen, daß Sie in der Sache, also im Wesentlichen, eben doch wieder auf den Staatenbund los- oder zurücksteuern, obgleich so ziemlich die allgemeine Stimme im Jahr 1848 den Bundesstaat, das Reich, gefordert hat, obgleich die bairische zweite Kammer in ihrer Antwortadresse sich für den deutschen Bundesstaat ausgesprochen hat, und selbst Herr von der Pfordten sich den einstweilen nicht schärfer präcisirten Ausdruck gefallen ließ. Sie, Herr

Dr. Buß, haben nämlich für Staatenbund den in der That sinnreicheren, obwohl etwas weitschweifigen Ausdruck eines „decentralisirten Bundesstaats“ (S. 13) erfunden. So bleibt der Name, obgleich das beigelegte Prädikat die Sache wieder aufhebt; ähnlich könnte man Unordnung umschreiben: eine von der bindenden und fesselnden Regel befreite Ordnung.

Weil wir einmal an Wortklaubereien sind — durch Ihre Schuld, Herr Dr. Buß! will ich auch Ihr Pochen auf den Namen Großdeutsche gegenüber von den sogenannten Kleindeutschen S. 8 berühren. Ihre Partei hat sich jenen Namen als Ehrennamen, der unsrigen den der Kleindeutschen als Schimpfnamen beigelegt, und wenn wir uns denselben gefallen lassen, oder der Kürze wegen gelegentlich selbst gebrauchen, so wollen wir damit natürlich nicht sagen, daß uns ein kleines Deutschland lieber sey als ein großes, — (obwohl lieber als kein Deutschland, auf was es am Ende beim Großdeutschland hinauskommen könnte!) Sondern wir sehen ein, daß ein zu einem wirklichen Bundesstaat sich zusammenschließendes Deutschland vor der Hand wenigstens nicht das ganze geographische Deutschland, das Deutschland des alten Bundes, umfassen kann, und wollen lieber auf die quantitative Ganzheit als auf die politische Existenz verzichten. Sie, die Großdeutschen, müssen in Wahrheit auf ein politisch sehr unentwickeltes Publikum rechnen, wenn Sie das von der Größe Ihres Deutschlands hergenommene Argument für ein ganz unwiderstehliches halten; schon der alte Hesiod hat einen Vers, der Sie nachdenklich machen könnte:

„Thoren! begreifen es nicht, wie das Halbe ist mehr als das Ganze.“

Vor etwa sechs Monaten habe ich auch ein paar Gedichte gemacht — fecit indignatio versum! die ich bei dieser Gelegenheit kann abdrucken lassen, um die trockene Prosa zu unterbrechen, und wenn Sie sie nicht lesen mögen, so lesen sie wohl Andere.

An die Großdeutschen.

I.

Ihr rühmet Euch des deutschen Staats Erbauer,
Die Ihr großsprech'risch mit Großdeutschland prahlt,
Der Ehre Schuld mit kahlem Wort bezahlt,
Und mit der That brecht Deutschlands Säul' und Mauer!

Wer Deutschland trägt im Herzen — geht in Trauer!
Nicht das Palladium mehr der Einheit strahlt!
Der Kön'ge Wappen werden frisch bemahlt;
Nings liegen Feinde hoffend auf der Lauer.

Ihr aber sprecht: „Die Schuld ist's trüber Brillen,
 Daß Euch so häßlich scheint der alte Bund;
 Kaum Bess'res schafft man selbst mit bestem Willen!

Vau'n wir nach altem Plan auf altem Grund!
 Weg mit dem Reich und mit den Kaisergrillen!
 Deutschland bleibt ganz und weit! o 'schöner Fund!“

II.

„Den Traum laßt fahren,“ ruft Ihr; „seyd bescheiden!
 Im Sturm wirft man die besten Güter fort,
 Froh, mit dem leeren Schiff den Rettungspfort
 Gewinnend, nur den Untergang zu meiden.

Die Parlamente bleiben uns, die beiden,
 Der Einheit sichtbar Pfand, der Freiheit Hort,
 Deutschlands Grundrechte, Wehrrecht, freies Wort!
 Wer wagt, des Löwen Krallen zu beschneiden?“

Ein Zauber wird bald Alles wandeln! Katzen
 Statt Löwen schau'n wir, welche mit Geschrei,
 Mit widerigem, einander tückisch fragen;

Das Parlament wird zur Raßbalgerei;
 Der Thaten Strom verrinnt in seichem Schwäzen,
 Und über Deutschland fällt ein Schlaf wie Blei!

An die Oesterreicher.

I.

Ihr meint es gut — mit Euch! Für alle Fälle
 Wollt Ihr ein Vaterland! — Sinkt Oesterreich,
 So wie der Stier, von ungeheurem Streich
 Getroffen, niedertaumelt auf der Stelle; —

Wenn Plank' um Plank' abreißt vom Brack die Welle
 Der stürmischen See: dann, bangem Schiffsvolk' gleich,
 Das auf die Boote flüchtet, schreckenbleich,
 Sucht Ihr das Vaterland an Deutschlands Schwelle.

Doch wenn, den Stürmen trotzend und den Klippen,
 In Blitz und Bogenschlag und Windestof
 Zusammenhalten noch die eichnen Rippen:

Bleibt Vaterland Euch Oestreich, stark und groß,
 Und Herrschertrog spricht dann von Euren Lippen,
 Von welchen jüngst Schußfleh'nder Bitte floss!

II.

Wir aber rufen: Fort mit solchem Spiel,
 Das uns Verderben bringt! das im treulosen
 Hinzögern macht verwelken unsre Rosen!
 Das unsre Kasse straucheln macht vor'm Ziel!

An bieten wir Euch Heimath und Asyl,
 Wenn Ihr ganz deutsch könnt sein; — wenn ausgestoßen
 Euch hat die Völkergährung, wenn im großen
 Schlachtspiele gegen Euch der Würfel fiel!

Doch Ihr, wie Trunkne schwankend noch im Bügel,
 Ihr möchtet an zwei Tiseln halten Schmaus,
 Führen zugleich des Ost- und West-Reichs Zügel!

Entscheidet Euch! rückt mit der Farb' heraus!
 Zwischen Bierfüßlern endlich und Geflügel
 Muß wählen die zweideut'ge Fledermaus!

Ich habe den Sonetten an die Großdeutschen die an die Destreicher angehängt, weil in der That die beiden Parteien in der Paulskirche zum großen Theil zusammenfielen, und die Großdeutschen für sich, ohne die Destreicher und die nur aus Oppositionsgeist mit ihnen zusammenhaltenenden Linken in Wahrheit ein sehr kleines und dünnes Häuflein bildeten — in schreiendem Contrast mit dem großtönenden Namen. So bekamen Sie selbst, Herr Dr. Busz, „der Letzte der Großdeutschen in Frankfurt,“ kaum drei Stimmen zur Unterstützung Ihrer, noch mit dem Hut in der Hand gestellten Forderungen (Rochau S. 225). Ihre beigedruckten Aktenstücke sind, das erste von 109, das zweite von 60 Großdeutschen unterschrieben, worunter aber wohl die Meisten Destreicher; das dritte und vierte nur noch von dreien, das fünfte wieder von viere n, und unter dem letzten prangt nur noch Ihr einziger Name. Auch in Baiern soll die großdeutsche Partei durch ihre Zahl ihrem Namen wenig entsprechen. Einer Ihrer Genossen, ein großdeutscher Württemberger, hat neulich den Kleindeutschen vorgepredigt von der „Herrlichkeit der großdeutschen Idee,“ die ihnen noch gar nicht aufgegangen sey; ich will diese nicht bestreiten, aber ich sehne mich ganz und gar nicht nach der Jämmerlichkeit und Misère der großdeutschen Realität, auf welche die volltönenden Worte und Phrasen, durch die Kunst der österreichischen Diplomaten, hinauslaufen würden. Sie sagen, Herr Dr. Busz, S. 7, ich zeige durch mein Schriftchen — und dasselbe gilt wohl von der Partei, der ich mich beizähle, den Anhängern des

Bundesstaats, oder wenn Sie so wollen, den Kleindeutschen, — „wie wenig nach Jahr und Tag Deutschlands Gebildete zum Spott und zur Freude des Auslands sich über das hundert- und tausendfach Besprochene zurecht zu finden wissen;“ aber wir können getroßt dem Urtheil der Geschichte entgegen sehen, ob die Großdeutschen oder die Kleindeutschen dem Ausland Anlaß zu Spott und Schadenfreude gegeben? welche Partei sich die Achtung der einsichtsvollsten Männer des Auslands erworben hat, ob die Partei der von Ihnen geschmähten „Bankrottirer von Gotha,“ die Partei, die unter der Führung von Männern wie Dahlmann, Gagern, Beseler, Simson eine so feste, durch Bande der innigsten Achtung und des gediegensten Vertrauens zusammengeschlossene Phalanx bildete und noch bildet, oder die großdeutsche Partei, welche es nirgends zu einem festen Kern und Organismus bringt?

Die Hauptaufgabe Ihrer Schrift ist die Nachweisung der Nothwendigkeit und Vortrefflichkeit, die Empfehlung des Direktoriums, gegenüber von dem Bundesstaat, den Sie verwerfen, sowohl in Gestalt der Frankfurter als der Berliner Aufstellung. Hierüber will ich mich ausführlicher aussprechen, das von Ihnen Vorgebrachte genauer prüfen, nicht in der eiteln Hoffnung, Sie eines Andern zu belehren, sondern, so Gott will, zu Nutz und Frommen der Beleuchtung der Sache und Förderung richtiger Erkenntniß.

Sie eifern, Herr Dr. Buß, gegen die Doktrinäre, die Professoren, gegen das Streiten um Begriffe, gegen das Meistern und Dehnen der Dinge und Thatfachen nach abstrakten Schulbegriffen, S. 8. 24. Sie sagen: „Wir Großdeutsche wollen auch einen Bundesstaat, obwohl wir unendlich mehr auf die Sache der größern Einigung der Nation, als auf bloße, zudem noch unbestimmte Schulbegriffe, wie Bundesstaat und Staatenbund halten;“ — „da kam die im Leben überall einfältige Doktrin der in Uebersahl die Paulskirche überschwemmenden Professoren und schnitt in alle Bande des Lebens. Da kam der Schultritt auf den Begriffen von Staatenbund und Bundesstaat, der doktrinäre Fetischdienst mit diesen selbst der Partei unklaren Begriffen. Ich schweige davon, daß die staatswissenschaftliche Schule sich über die Bedeutung dieser Begriffe noch gar nicht geeinigt hat. Aber noch nie in der Welt hat sich ein Bund von Staaten nach Schulbegriffen erbaut. Das hat nur deutsche Blödigkeit auf dem Tag in Frankfurt versucht. Da saßen sie, die langweiligen Professoren; da drückten, schnitten, knippten, schnitzelten sie so lange am streckbaren Leder aus der Haut der Nation, nach dem Leisten ihrer Schulbegriffe, bis der Schuh nicht nach dem Fuß, sondern der Fuß nach dem Schuh gestaltet gewesen war. Ich habe Studien . . gemacht,“

fahren Sie fort, „wie Völker ihre Bünde errichtet: aber ein solches Schul- und schülerhaftes Treiben habe ich nirgends gefunden . . . Sie gaben sich vor Allem die Einheit nach außen. Im Innern aber gingen sie von dem verständigen Grundsatz aus: was der einzelne Staat für sich besser ausführen kann, als der Bund, das überlasse man dem Einzelstaat . . . Einen Schulbegriff, wie Bundesstaat, an die Spitze zu stellen, und, der Erfahrung und dem Leben fremd, daraus nur logische Folgerungen zu ziehen, und was dazu nicht paßt, auszuschließen, das mag man politischen Schulmeistern nachsehen, nicht aber Männern, die Staatsmänner seyn wollen und es auch seyn sollten.“

Um Namen und Worte und Schulbegriffe, Herr Dr. Buß! war und ist es unsrer Partei nicht zu thun, sondern um die Sache; geben Sie uns das Wesen, was wir mit dem Namen Bundesstaat zu bezeichnen pflegen, d. h. ein vor Allem nach außen einiges und starkes Deutschland, was eine einheitliche Spitze voraussetzt, mit einer wahren Volksvertretung, so wollen wir um den Namen mit Ihnen nicht streiten; natürlich aber ist doch wohl, daß wir die Dinge mit dem ihnen gemähesten Namen zu bezeichnen suchen; und der wahre Begriff fällt, wie Sie mir zugeben werden, mit der Sache zusammen. Wir loben es auch an den Großdeutschen, wenn sie die Sachen mit dem richtigen Namen nennen, und nicht, hinter das Vorgeben von dem Schwanken des Sprachgebrauchs und den Controversen der Wissenschaft sich versteckend, auch einen Bundesstaat, etwa einen decentralisirteren Bundesstaat nennen, was nichts Anderes ist, als ein Staatenbund, d. h. ein bleibender Vertrag und Verein von Selbständigen, aber nicht ein einheitlicher Organismus, mit Einheit der wichtigsten Aktionen. Die kürzesten und bezeichnendsten Begriffe und Ausdrücke wird man in einem so kultivirten Zeitalter, wie das unsrige, nirgends missen, wenn auch wenig oder keine Professoren in den Versammlungen sitzen. Auf die Professoren scheinen Sie ganz besonders erbittert. Es ist wahr, es saßen deren gar viele in der Paulskirche; aber ländlich — fittlich! Das gelehrte Deutschland mußte doch billig auch von einer ansehnlichen Zahl Professoren vertreten seyn, — so gut wie Frankreich von gewaltig vielen Advokaten und Bureaukraten, England von Gutsbesitzern und Kaufleuten, und die nordamerikanischen Freistaaten bei ihrer Constituirung hauptsächlich von älteren, wohlhabenden Grundbesitzern. Scheinen Ihnen etwa die Advokaten, die Stockjuristen und die Beamten viel tüchtiger zur Constituirung eines Staates? Sie schelten den blöden Doktrinarismus der Professoren; es mag Vielen neben ihren theoretischen Kenntnissen mehr Anschauung und Erfahrung, eine staatsmännische Praxis zu wünschen seyn; aber Wer

will einem Dahlmann den Blick und die Erfahrungen des Staatsmanns, Wer einem v. Raumer, Beseler, Droysen, Arndt u. A. neben der wissenschaftlichen Einsicht die Fülle bildender und belehrender Lebensanschauungen absprechen? Wer darf sie des beschränkten Haftens an einem dürren Schematismus beschuldigen? Sind nicht auch höhere Beamte, Präsdenten, Minister, Generale in der Paulskirche gefessen, und Wer hat sie gehindert, durch ihre praktische Einsicht den angeblichen Doktrinarismus der Professoren zu korrigiren?

Aber, Herr Dr. Buß! wenn Sie die Professoren schelten, so wüthen Sie ja gegen Ihr eigen Fleisch und Blut! Aus welcher Art Männern besteht denn großentheils Ihre, die großdeutsche Partei? Ist nicht Herr von Hermann Professor? ist nicht Herr Lassaulx Professor? ist nicht Herr Döllinger Professor? ist nicht Herr Gfrörer Professor? sind nicht Sie selbst Professor? sind nicht die Aktenstücke III. und IV. zu zwei Drittheilen von Professoren unterzeichnet, nämlich von Ihnen und von Herrn Wuttke, der auch, glaube ich, wo nicht Professor, doch Privatdocent, also ein künftiger Professor ist? So schlagen die Professoren doch kaum bei den Kleindeutschen vor! „Aber,“ sagen Sie vielleicht, „unsere Professoren sind eben ganz andere Staatsmänner, Staatserbauer, als die Curigen!“ Und die Beweise? Derjenige Ihrer Professoren, auf den Sie vielleicht am meisten pochen konnten, der eine Zeitlang als Seele und Haupt der Großdeutschen galt, der sich aber in kritischer Stunde eines Andern besonnen und zu Ihrem großen Erstaunen und Verdruß Ihre Sache aufgegeben hat, — Herr Welcker war in seiner diplomatischen Sendung nach Oestreich nicht sehr glücklich; Herr von Hermann reiste mit dem großdeutschen Verfassungsentwurf nach Oelmütz, kam aber mit seinen Begleitern ziemlich kleinlaut zurück; Herr Gfrörer hat sich nach München und Wien begeben, von seinen Erfolgen ist aber nichts bekannt geworden; Sie selbst, Herr Dr. Buß, sind nach Oelmütz gereist und haben dort Alles gesprochen, vom Kammerherrn bis zum Kaiser, haben aber nur für Sich selbst Beruhigung mitgebracht; und dem Fürsten Metternich haben Sie zwar, wie es scheint, vor Jahren schon Ihre Meinung über sein System auf sein Verlangen schriftlich gegeben; aber die Wirkungen haben sich nirgends gezeigt und erst in der Verbannung wird er, wie jener Lybierkönig auf dem Scheiterhaufen rief, „o Solon, Solon!“ reuevoll ausgerufen haben: „O Buß! o Buß!“ — Und damit müssen Sie Sich vor der Hand begnügen, bis das Vaterland Sie zu seinem Solon ernennt.

Herr von Hermann hat nach Sistirung des Truppenmarsches in Folge des Malmöer Waffenstillstands den Auftrag erhalten, ein Mini-

sterium zu bilden, was ihm so wenig als Herrn Dahlmann gelang. Aber der Letztere hat sich von Anfang an abgeneigt gezeigt, selbst ins Ministerium zu treten, Herr v. Hermann dagegen sehr geneigt; und dieser hat sich bei der Gelegenheit, nach ziemlich allgemeinem Urtheil, für immer unmöglich gemacht. Aber Einen Koryphäen haben allerdings die Großdeutschen, den Professor und Minister von der Pfordten, den Retter und Vermittler der deutschen Einheit!

Die Großdeutschen und die vier Könige vermögen, — obgleich Sie, Herr Dr. Buz! über den Mangel einer wissenschaftlichen Feststellung der Begriffe klagen, — den Bundesstaat ganz wohl vom Staatenbund zu unterscheiden; die Letzteren haben schon eine instinktmäßige Antipathie gegen den Bundesstaat, und sie wissen wohl auch, warum sie sich so sehr gegen ihn sträuben. Eben das nämliche macht ihnen den Bundesstaat verhaßt, was denselben ihn den wahrhaft Deutschgesinnten werth macht: nämlich die Einheit nach Außen, welche die einheitliche, starke Leitung durch ein die Einheit wirklich repräsentirendes Haupt, und die Unterordnung der kleineren Fürsten unter den Mächtigsten voraussetzt und fordert. Und in die dynastischen Einwendungen stimmen dann diejenigen ein, welche von bornirtem, eigenliebigem, provinziälem Partikularismus, oder von Stammes-Antipathien und Eifersucht, oder von konfessioneller Abneigung befangen sind, oder die wohl ein östreichisches, aber kein preußisches Oberhaupt sich gefallen lassen würden.

Das werden auch Sie mir am Ende zugeben, daß nicht an wissenschaftlichen Differenzen sich die Einigung in der deutschen Sache stößt, sondern an Interessen, — moralischen oder praktisch-materiellen. Ob diese Interessen berechtigt sind oder nicht, ob sie mit einer patriotischen Gesinnung sich vertragen, oder ob sie ihr weichen sollen — das werden wir weiter zu erörtern haben. Nach Schulbegriffen haben die Kleindeutschen den Bundesstaat nicht erbaut oder erbauen wollen, obwohl sie natürlich das Wesen des Bundesstaats, was man auch Begriff nennen mag, nie aus dem Auge verlieren durften, wenn sie nicht ein Monstrum schaffen wollten. Auch wüßte ich nicht, wiesern sie am „streckbaren Leder aus der Haut der Nation“ so entsetzlich herum experimentirt haben sollen, wie Sie es in Ihrem Schuhmachers-Bild schildern. Die eigentliche Reichsverfassung würde das innere Leben der Nation unangetastet und ungestört lassen, würde nirgends als Fessel oder spanisches Hemd empfunden werden, als etwa von den empfindlichen Fürsten; die Grundrechte allerdings stellen gefährliche Experimente mit der Nation an durch unüberlegte Bestimmungen, deren Folgen die Wenigsten übersahen; aber an den gewagtesten und vermessensten Paragraphen der Grundrechte haben

deutsche Kaiserthum Oestreichs (in der Reichsversammlung) verlangt und gewollt, einmal weil ich weiß, daß das Kaiserthum die dem Volk liebe Form der nationalen Regierung ist, während das Direktorium, als eine zusammengesetzte und künstliche Verfassungsform die Neigung der Nation nicht gewinnen kann, sodann weil ich weiß, daß die Mehrheit der Deutschen das deutsche Kaiserthum Oestreichs will, . . . aber auch aus dem weitern Grund, weil die deutsche Kaiserwürde nun einmal dem östreichischen Kaiserhause gebührt und zwar von Rechtswegen.“ Aber S. 21. sagen Sie: „Nur das Kaiserthum liegt dem Volk im Gemüth und in seiner Sehnsucht, aber eben das geschichtliche, die ersehnte künftige Größe der Nation mit der vergangnen Größe lebendig und institutional vermittelnde Kaiserthum, das Kaiserthum Habsburgs. Ihr mögt euch sträuben wie ihr wollt, das kommt doch, und es kommt bald als ihr nur glaubt. Ich habe aus meiner Liebe zum deutschen Kaiserthum Habsburgs in der Paulskirche kein Hehl gemacht. Aber ich will es jetzt auch nicht. Warum? Weil es sich nun einmal nicht durchführen läßt: jetzt ist nur das Direktorium nach dem Maß der gegebenen Verhältnisse durchzubringen, es liegt für jetzt sogar im Geist, Sinn und Wunsch der Nation.“

Welch ein Wundermann sind Sie doch, Herr Dr. Bus! daß sie nicht bloß den offenbaren Wunsch und Willen der Nation, der auf das Habsburgische Kaiserthum gerichtet seyn soll, sondern daß Sie sogar auch den latenten Wunsch derselben, der auf das Direktorium gehen soll, erkennen! obwohl Sie mit ausdrücklichen Worten zuvor gesagt hatten: „das Direktorium, als eine zusammengesetzte und verwickelte Verfassungsform kann die Neigung der Nation nicht gewinnen!“

Sie denken so: das Habsburgische Kaiserthum ist jetzt nicht möglich, — und in der That, wenn Sie als der einzige Redner in der Paulskirche dafür sprachen, muß es mit der allgemeinen Sehnsucht der Nation nach demselben seltsam stehen! — aber vielleicht später. Daher darf jetzt nichts Definitives zu Stande kommen, was jene spätere Möglichkeit ausschloße, und dieß geschähe durch die Gründung des deutschen Bundesstaats unter Preußens Vorstandschaft; also muß der Bundesstaat, der sich nicht mehr unter Habsburg beugen ließe, jetzt verhindert, und etwas Provisorisches, eine Durchgangsform geschaffen werden, und das ist das Direktorium. — Daß nun dieses etwas bloß Vorübergehendes, in sich Unhaltbares sey, davon bin auch ich ebenso lebhaft überzeugt, als Ihre sonstigen Anpreisungen seiner Vorzüge mich unglaublich lassen; und wegen seiner Unhaltbarkeit sollen wir das Direktorium annehmen, meinen Sie; für jetzt das Direktorium, und später das Habsburgische Kaiserthum!

In Wahrheit, eine Zumuthung von nicht geringer Kühnheit, während Sie selbst anerkennen, daß das Habsburgische Kaiserthum jetzt unmöglich sey, und nur Ihre Fürsprache gehabt habe, das Direktorium aber nie die Neigung der Nation gewinnen könne, dennoch zu verlangen: die deutsche Nation solle jetzt das Direktorium annehmen, um, später, den Habsburgischen Kaiser zu bekommen!

Ich und die mir Gleichgesinnten, Tausende und Millionen erwiedern Ihnen: Wir wollen, weder jetzt noch später, weder das Direktorium noch das Habsburgische Kaiserthum! Wir wollen kein Interim, um dem Hause Habsburg die deutsche Kaiserkrone aufzubewahren! Wir wollen keine halbe oder ganze Fremdenherrschaft und kein Provisorium, sondern eine deutsche und eine bleibende Regierung. Was Sie für den Willen der Nation ausgeben, das mag, ich bezweifle es nicht, der latente Wunsch der Fürsten, der kleinen Könige seyn, die unter Oestreich die Wiederbringung der bundestäglichen Herrlichkeit und Selbstherrlichkeit hoffen; und ich will die Möglichkeit nicht läugnen, daß, wenn Preußen die Hoffnungen der nationalen Partei im Stich ließe, durch Macht und Gewalt für einige Zeit eine solche Restauration eintreten könnte; aber die Nation ist, wie Sie selbst zugeben, von diesen Wünschen weit entfernt, und die widernatürliche Schöpfung der Gewalt würde nicht von Dauer seyn. Und selbst wenn das unhaltbare Direktorium eingesetzt würde, ist es ganz ungewiß, ob aus dessen unausbleiblichem, halbigen Zusammensturz das Habsburg'sche Kaiserthum oder der reindeutsche Bundesstaat, das deutsche Reich hervorginge, oder ob nicht die Republik, das Chaos und die Zerstückung Deutschlands!

Diejenigen Politiker übrigens, welche für das Direktorium, als die einzig mögliche Form einer beständigen Veröhnung aller Interessen in Deutschland schwärmen, mögen sich die Gründe und Motive, mit welchen Sie, Herr Dr. Busß! für das Direktorium streiten, zur Warnung dienen lassen!

Wenn Sie, Herr Dr. Busß, als Oestreicher geboren, und Katholik, eine Vorliebe für Oestreich und eine lebhafte Sehnsucht nach Restauration des Habsburgischen Kaiserthums haben, so begreife ich das wohl; aber so wie Sie (S. 33 u. flg.) Ihre, wie mir scheint wenig stichhaltigen objektiven Gründe gegen Preußens Oberherrschaft vortragen, (ich werde sie später beleuchten,) so will ich meinerseits Ihnen meine und meiner Partei weitere Gründe gegen die östreichische oder Habsburgische Oberherrschaft darlegen*), indem ich an Ihre Behauptungen und Sätze anknüpfe.

*) Ich verweise auf meine Broschüre: Die östreichische Note (vom 4. Februar) und die Habsburgische Politik. Was haben wir von einem Habsburgischen Kaiserthum zu erwarten? Stuttgart, bei S. W. Mehlner.

Sie behaupten (S. 14) „die deutsche Kaiserwürde gebühre nun einmal dem österreichischen Kaiserhause und zwar von Rechtswegen.“ Ei, Herr Dr. Buß! diese Behauptung ist ebenso historisch falsch, als Ihre folgende Beweisführung juristisch schwach. Sie wollen nämlich darthun, daß die Verzichtleistung Kaiser Franz II. auf die deutsche Kaiserkrone im Jahr 1806 unbefugt und rechtsungültig gewesen. Man kann allenfalls zugeben, daß, obwohl keine erhebliche Einsprache dagegen und gegen die damit zusammenhängende gänzliche Auflösung des deutschen Reichs damals erfolgte, denn doch die Zustimmung der Nation, die durch ihre Fürsten nicht repräsentirt war, gefehlt habe, und eine Protestation bei den damaligen Zeitverhältnissen nicht möglich gewesen sey; daß daher rechtlich das Reich noch fortbestanden habe, daß die Nation im Jahr 1814 und 1815 dessen Wiederherstellung und die Wiederannahme der deutschen Kaiserkrone von Franz II. hätte verlangen können; aber da dieß nicht förmlich geschah, da im Jahr 1815 die neue Organisation Deutschlands in der Form des deutschen Bundes, auf Grund europäischer Verträge ins Werk gesetzt wurde, kann von einem noch fortlebenden Recht Habsburgs auf die deutsche Kaiserkrone, von einer rechtlichen Verpflichtung der Nation, auf Wiederherstellung des Reichs in der alten Form zu dringen, nicht mehr die Rede seyn, obwohl die Reichsversammlung befugt gewesen wäre, dieselbe zu beantragen. Aber auch historisch falsch ist Ihre Behauptung, denn höchstens für Franz II. lebte das Recht und die Pflicht fort, deutscher Kaiser zu seyn, nicht aber für seine Nachfolger; denn bekanntlich war Deutschland ein Wahl- kein Erb-Kaiserthum, — wovon das Haus Wittelsbach zu erzählen weiß, dessen glorreicher Carl VII. ja noch vor hundert Jahren auf den deutschen Kaiserthron sich schwang! Es war herkömmlich, Habsburger zu wählen, es war für diese Ehrensache, diesen Titel, diese Würde zu führen, aber eine Nothwendigkeit, ein Recht war es nie; und schwerlich wäre ein Ferdinand IV. gewählt worden! Also mit dem „von Rechtswegen“ wäre es nichts.

Sie nehmen es mir sehr übel, daß ich behauptet, Oestreich habe durch die lange Metternich'sche Misregierung die Vorstandschaft, die es im deutschen Bunde behauptete, und auf welche man jetzt wieder oder fortwährend sein Recht auf die Oberleitung gründen will, „von Gott und Rechtswegen verwirkt.“ Das behauptete ich natürlich nicht in dem Sinne, daß ich die Entscheidung vor ein Forum gelehrter Juristen und Staatsrechtsmänner verweisen will, sondern in dem Sinne: daß die Nation, wenn sie über ihre Neukonstitution in Folge der Revolution von 1848 Beschluß zu fassen habe, mit vollem Fug und Recht die Herrschaft einer Dynastie zurückweise, deren Regiment Deutschland so viel Unsegen

gebracht hat. Nicht von einem formellen, positiven Recht habe ich gesprochen, sondern von dem unveräußerlichen Recht und der Pflicht einer freien, ihrer Ehre bewußten Nation, einen unwürdigen Zustand nicht freiwillig zu verlängern oder zurückzurufen.

Sie, Herr Dr. Busch, „bringen Ihre Sorge und Neigung dem österreichischen Volke,“ (S. 12). Gegen das österreichische Volk habe ich nichts, und wenn ich auch glaube, daß es mehr einen österreichischen als einen deutschen Patriotismus kennt, so finde ich das natürlich; ich beneide es darum, daß es wenigstens einen Patriotismus haben kann, weil es ein großes und mächtiges Vaterland hat. Auch muß man hier mehr als anderswo zwischen dem Volke und der Regierung unterscheiden, weil hier die Regierenden so zu sagen eine abgesonderte Kaste bilden. Aber wenn Sie mich fragen, was mich zur Verdächtigung der österreichischen Regierung berechtige, die Sie eine ehrliche nennen und der Sie eine stattliche Lobrede halten: „Die kaiserliche Regierung hat in den neunziger Jahren des vorigen und in den anderthalb ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts die Hülfquellen und das Herzblut ihrer Monarchie für das undankbare Deutschland im Kampf für das auch knechtende Frankreich verspricht,“ wenn Sie auch das Benehmen der österreichischen Regierung gegenüber der Reichsversammlung und dem Reichsministerium loyal und offen, kurz ganz unanstößig finden, wenn Sie meinen, die österreichische Regierung sey mir nur nicht redselig genug, so will ich Ihnen darauf antworten.

Ich will der Ueberstichtlichkeit wegen zuerst die ältere österreichische Politik bis zum Jahr 1815, dann die Bundestagspolitik und endlich die neueste Handlungsweise Oesterreichs seit dem Frühjahr 1848 ins Auge fassen.

Die österreichische Politik hat die im 16. Jahrhundert fast vom ganzen Deutschland einmüthig geforderte Reformation der Kirche gehindert, wodurch die Losreißung eines Theils der deutschen Nation von der katholischen Kirche hätte verhütet werden können, und eben damit die Ursache unsäglicher Trübsale und Schmach. Oesterreich hat, nachdem die konfessionelle Spaltung eingetreten und die neue Konfession anerkannt war, durch grundsätzliche Intoleranz, unter Anleitung besonders der Jesuiten, durch planmäßige Verfolgung seiner evangelischen Unterthanen, den Ausbruch des jammervollen dreißigjährigen Krieges veranlaßt. Oesterreich hat bis auf die neuesten Zeiten, mit Ausnahme der Regierungsperiode Josephs II. den Grundsatz der religiösen Unduldsamkeit nur etwa ermäßigt, aber nie aufgegeben; noch vor wenigen Jahren haben die armen evangelischen Bitterthaler ihre Heimath verlassen müssen; und während die preussische

Regierung Hunderttausende zum Ausbau des katholischen Kölner Domes spendete, durften sich die Protestanten in östreichischen Provinzen kaum auf eigne Kosten Bethäuser ohne Thürme, die Eingänge nicht auf die Hauptstraße gehend, erbauen. Noch neuestenens hat ein östreichischer Minister erklärt, den Kirchenverfassungs-Entwurf einer protestantischen Synode den katholischen Bischöfen vorlegen zu wollen!

In den politischen Händeln und Kriegen der ältern Zeit hat das mächtige Oestreich mindestens ebenso sehr das morsche und zusammenhanglose deutsche Reich im Stiche gelassen, als es von diesem im Stiche gelassen wurde; namentlich hat Oestreich im spanischen Erbfolgekrieg, welcher dem Hause Habsburg die ganze spanische Monarchie verschaffen sollte, das deutsche Reich mit in einen Krieg hineingezogen, bei dem es zunächst gar nicht interessirt war, wenig zu hoffen hatte, aber in dem es zu großem Schaden kam. Die Habsburgischen Erwerbungen aber gingen fast alle im Lauf der Zeit wieder verloren, zuletzt das schöne und reiche Belgien. Diese herrliche Provinz, die wegen der gefährlichen Nähe Frankreichs in den Händen einer starken Macht hätte bleiben sollen, suchte Joseph II. „allzeit Mehrer des Reichs,“ gegen Baiern auszutauschen, womit deren Verlust für Deutschland in nächste Aussicht gestellt wurde. Dieß verhinderte Friedrich II., wie er auch schon früher die Verschlingung Baierns durch Oestreich, welche derselbe Joseph, ein sonst vielfach hochachtbarer Regent, in seiner Ländergier beabsichtigte, vereitelt hatte.

Unter Habsburgs Kaisertum ist Elsaß und Lothringen bleibend verloren, ist das linke Rheinufer, im Frieden von Luneville, an Frankreich preisgegeben worden, „im höhnenenden Widerspruch mit der von dem Kaiser an die Reichsdeputation ergangenen Aufforderung, daß der Friede auf die Basis der Integrität und Verfassung des Reichs gegründet werden solle,“ wie Pahl in der Geschichte von Württemberg sich ausdrückt. Die heldenmüthigen Leistungen und die Lorbeere der östreichischen Heere in den Kriegen gegen Frankreich bin ich weit entfernt, bemäkeln zu wollen, wohl aber läugne ich die deutsche Gesinnung und die loyale Politik der östreichischen Regierung während jener Kriegsjahre, und verweise auf meine oben angeführte Broschüre, auf die aus Schlosser und aus Geng (doch wohl einem vollgültigen Zeugen!) angezogenen Stellen. Es war die Zeit, wo die Cobenzl, Stadion, Lehrbach, Thugut im östreichischen Cabinet dominirten, — die Männer, welche den berühmten Rastatter Gesandtenmord auf der Seele haben!

Zu den Erfolgen der Befreiungskriege hat Oestreich allerdings beigetragen, aber doch erst nach langem Zögern sich zum Krieg gegen Na-

voleon entschlossen, und der Preis des Krieges gebührt ohne allen Zweifel den begeisterten preussischen Heeren und ihren kühnen Führern; und das mit dem Schwert Gewonnene hat hauptsächlich die österreichische Politik und Diplomatie, eifersüchtig auf das emporstrebende Preußen, für Deutschland verpfuscht und vereitelt.

Der Vorwurf, daß die reaktionäre und unnationale Politik des deutschen Bundes während eines Menschenalters zum größten Theil der österreichischen Regierung, dem Fürsten Metternich als personificirtem Repräsentanten derselben zur Last falle, diesen von ganz Deutschland und Europa anerkannten Vorwurf bestreiten Sie mit so schwachen Gründen, daß ich Sie im Grund als auch damit einverstanden betrachten darf. Allerdings sind auch die andern deutschen Regierungen, so wie die Völker, nicht frei von Schuld; namentlich trifft Preußen die Anklage, daß es unter Friedrich Wilhelm III. sich allzu bereitwillig zu allen freiheitsfeindlichen Maßregeln geliehen hat, so wie auch andere Fürsten, sich derselben freuend, nicht einmal den möglichen Widerspruch leisteten; aber der Haß der Metternich'schen Politik ist sicherlich ein wohlbegründeter. Einen „großen Staatsmann“ kann ich daher den Fürsten mit Ihnen nicht nennen, so wenig ich seinen Verstand und Geist irgend bezweifle; denn Wer so nur negativ wirkt, wer so durch den Despotismus nur dem Chaos vorarbeitet, der heißt mir nimmermehr groß.

Dem von Preußen gestifteten, trotz Ihrer Ausstellungen doch immerhin dankenswerthen Zollverein hat Oestreich kein ähnliches Verdienst entgegenzustellen; die von mir Preußen zum Lob angerechnete freiwillige Berufung des vereinigten Landtages drehen Sie mit einer feinen Wendung zu einer Anklage herum, indem Sie bemerken: Preußen habe eine 32 Jahre lang nicht gehaltene Zusage endlich zu erfüllen angefangen. Aber ich entgegne Ihnen: und Oestreich hat dieselbe Zusage gar nicht erfüllt, gar keine Anstalten dazu getroffen; und ohne die Revolution von 1848 hätten Sie, Herr Dr. Bus! wenn Sie auch das höchste Alter erreichen, schwerlich noch den Anfang der Erfüllung erlebt! Auch hat v. Radowiz mitgetheilt, welche Schritte von Preußen seit der Regierung Friedrich Wilhelms IV. gethan wurden, um den deutschen Bund mehr in nationalem Sinne zu entwickeln, welche temporisirende Abgeneigtheit dagegen bei Oestreich obwaltete, — vermuthlich nur darum, weil es das österreichische Kabinet verdroß, daß Andere sich in die Initiative volksbeliebter Maßregeln drängten?“

Wenn ich Oestreich durchaus stabil und reaktionär nenne, gegenüber von Preußen, welches im Innern den Grundsätzen der Humanität der Aufklärung, des Fortschrittes hulldige, so erwidern Sie mir etwas evasiv:

„das, was das verweichlichte Jahrhundert Humanität und Aufklärung nenne, sey in Oestreich im schädlichen Uebermaß vorhanden.“

Den Fortschritt lassen Sie fallen, und Humanität und Aufklärung nehmen Sie im schlimmen Sinn, nach dem Sprachgebrauch eines laxen, grundsatz- und glaubenlosen Zeitalters, während ich offenbar nicht in diesem Sinne davon gesprochen habe. Daß man in Oestreich vielfach bisher dem Grundsatz huldigte: Leben und Leben lassen! daß man die Uebertretung und Umgehung mancher bürgerlichen und städtischen Gesetze leicht nahm, daß man bei Hochgestellten, Gebildeten oder Begünstigten belächelte oder pries, was man an Geringen und Schutzlosen hart bestrafte, daß die Böllner mit eisernen Herzen sich durch Gold oder Silber erweichen ließen, und die Zionswächter der öffentlichen Moral und des religiösen Glaubens, die Censoren, privatim wohl über beides sich lustig machten — das weiß ich wohl; aber ich weiß auch, obwohl ich nie in Oestreich gelebt habe, daß die Censur mit einer empörenden und lächerlichen Strenge in Oestreich gehandhabt wurde, wie nirgends sonst, so daß nicht etwa nur die frivole, die skeptische oder politische Literatur das Kaiserreich fliehen mußte, sondern auch viele Zweige der ernstesten Wissenschaft; ich weiß, daß die Wissenschaft, die Schulen, die Universitäten unter einem kläglichen Druck gehalten wurden, so daß selbst die mit harter Noth endlich geborne Akademie, aus einer Elite sorgsam abgewogener Gelehrten bestehend, mit den jämmerlichsten, kleinlichsten Chikanen zu kämpfen hatte; ich weiß, daß beim Militär ein hartes, nur neuestens etwas gemildertes Konstriktions-system und eine fürchtbare Prügelwirthschaft bestand, und daß bei den höhern Militär- und Civil-Ämtern der Adel eine kränkende und schädliche Bevorzugung behauptete; endlich, daß in Oestreich, in Wien besonders, ein schändliches, alles Vertrauen im öffentlichen Leben vergiftendes Spionir- und Denunciations-system organisiert war. Und noch eins! Sie berühren S. 7 die in der Frohnfeste Berlins und in den Kerkern des Spielberg's duldbenden Patrioten. Allerdings, in fast allen Ländern wurden Männer und Jünglinge, deren edle Motive und patriotische Gesinnung nicht bezweifelt werden konnten, theils wegen wirklicher politischer Vergehen, theils auf bloßen Verdacht hin in jahrelanger, wohl gar lebenslänglicher Haft gehalten, zu entwürdigender Arbeit, z. B. in Baiern, angehalten (wo ein seitdem ganz umgewandelter, hochgestellter Aristokrat in seiner Gesellschaft einen von Wirth oder Behr gestrickten Strumpf herumzeigte!) nirgends aber wurden sie so raffiniert gepeinigt, wie auf dem Spielberg — und wohl schwerlich ohne Vorwissen des großen Staatsmanns Metternich, und des guten Kaisers Franz!

Löst endlich die Haltung der österreichischen Regierung seit dem März 1848 den Deutschgesinnten Vertrauen ein? Meinen Worten: „Oestreich habe sich darüber, wie es sich die neue Gestaltung Deutschlands vorstellt, noch nie offen und ausführlich, sondern nur in einzelnen geheimnißvollen und nebelhaften Andeutungen vernehmen lassen,“ halten Sie entgegen: dieser Vorwurf sey nur gegründet „vom Standpunkt einer redseligen und nur Redseligkeit wollenden Zeit;“ Sie verweisen auf das an Herrn von Schmerling unter'm 9. März ergangene Reskript, als Grundlage einer Verständigung der österreichischen Regierung mit der Reichsversammlung, und berufen sich, zum Beweise ihrer loyalen Handlungsweise auf „aktenmäßige Thatfachen,“ welche Sie in etwa zwanzig Zeilen nichts weniger als erschöpfend und nach dem innern, historischen Zusammenhang anführen. Ich erlaube mir daher einige An- und Gegenbemerkungen, und berufe mich auf die Darstellung von Rochau's in der deutschen Vierteljahrschrift, die wohl als zuverlässig gelten darf.

Hauptpunkte sind folgende: im Programm von Kremser vom 27. November 1848 erklärte das österreichische Cabinet, daß Oestreich und Deutschland zunächst sich unabhängig von einander, als zwei große Staatenkörper konstituiren müssen, und daß, wenn dieß geschehen, das Wechselverhältniß beider Gesammtstaaten späterer Vereinbarung vorzubehalten sey. — Dieß Programm stand nun freilich im Widerspruch mit dem Beschluß der Paulskirche vom 27. Oktober, wornach deutsche Länder, mit nichtdeutschen unter Einer Regierung stehend, mit diesen nicht zu einer Staats Einheit verbunden seyn sollten, sondern an deren Stelle die Personalunion durch das Oberhaupt treten.

G. v. Gagern, die Unstatthaftigkeit erkennend, die Zerreißung der Staatseinheit Oestreichs von der Paulskirche aus zu votiren, hatte sich dem Antrag widersetzt, und als Ersatz für die Abtrennung der deutschösterreichischen Provinzen vom deutschen Reich, eine möglichst enge Union Deutschlands mit dem gesammten Oestreich in Aussicht gestellt und empfohlen. Gagerns Gegenantrag wurde von den Idealisten der Paulskirche mit gewaltiger Mehrheit verworfen; der in Frankfurt gefaßte Beschluß aber in Wien, oder Olmütz, sehr übel empfunden, mit dem Programm von Kremser, jedoch ohne Bitterkeit — dazu war damals die Zeit noch nicht! — beantwortet, und Gagerns Ansicht hiemit vollkommen gutgeheißen und bestätigt. Nur darum noch schien es sich zu handeln, ob man von Frankfurt aus Deutschösterreich loslassen, oder es durch Revolutionirung oder mit den Waffen erobern wollte. Aber bald wandte sich das Blatt. Oestreich, ermutigt durch Erfolge in Ungarn, wohl auch durch die Bedrängniß Preußens im November und December, und vielleicht in Folge der

Rathschläge von Schmerlings, welcher das Vertrauen der Mehrheit verloren und seine Ministerien an den, in der österreichischen Frage allem Anschein nach mit ihm ganz gleichgesinnten Gagern abgegeben, sofort jedoch mit der Linken eine ausdrückliche oder stillschweigende Coalition eingegangen hatte, (16. December,) und dann nach Wien und Olmütz abgereist war, — Oestreich schickte eine vom 28. December datirte Note, worin erklärt war: „Gagern habe in seinem Programm bei Antritt des Ministeriums das Programm von Kremser mißverstanden, wenn er es dahin gedeutet: Oestreich wolle sich von dem zu errichtenden deutschen Bundesstaat ausschließen; es habe nur gesagt werden wollen: Oestreich behalte sich die Vereinbarung über die in Frankfurt berathene Verfassung vor. Oestreich sey heute noch eine deutsche Bundesmacht, und werde in dem neuen deutschen Staatskörper seinen Platz zu behaupten wissen. Unter den deutschen Regierungen nehme die kaiserliche den ersten Platz ein.“ — Wie sollte doch dieß stimmen mit der Erklärung von Kremser: „Erst wenn das verjüngte Oestreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich seyn ihre gegenseitigen Beziehungen staatl. zu ordnen!?“ Und wie mit der, nur zwei Tage früher n. Erklärung, vom 26. December, wonach das österreichische Ministerium, am Programm von Kremser festhaltend und mit H. v. Gagern ganz einverstanden über das Wechselverhältniß zwischen Oestreich und Deutschland, sich bereit zeigte, auf eine Theilung der Consulate zwischen Oestreich und dem deutschen Bundesstaat einzugehen!?

Freilich, man kann seine Ansichten mit der Zeit, man kann sie in zwei Tagen ändern, und eine Sinnesänderung kann entschuldbar, kann natürlich, kann sogar ehrenhaft seyn; aber nicht ehrenhaft ist es unter allen Umständen, eine offenbare Sinnesänderung, deren Beweis urkundlich vorliegt, nicht eingestehen, sie abläugnen, Andere des Mißverständnisses zeihen zu wollen. Allerdings hatten sich seit dem November die Ausichten für Oestreich geändert, und die Aenderung seiner Entwürfe und seines Tons erklärte sich daraus leicht; aber wenn es sich das Beschämende eines Zugeständnisses seiner frühern Resignation und seiner Sinnesänderung ersparte, so verlor es dadurch unendlich mehr an Achtung und Vertrauen. Diese ungünstige Stimmung konnte nicht gebessert werden durch das hartnäckige Schweigen, welches das Cabinet auf die Schreiben des Reichsministeriums um Einleitung der Unterhandlungen, beobachtete.

So blieb man über Oestreichs eigentliche positive Absichten in Betreff Deutschlands in einer Ungewißheit, welche auch durch dessen Note vom 4. Februar nicht gehoben wurde. Sie enthielt eine Protestation gegen den angeblichen „Einheitsstaat,“ sie enthielt die berücksichtigte Phrase

von dem „Vorschweben“ eines Siebzig-Millionen-Staatenbundes, sie wahrte sich feierlich gegen jede Unterordnung der kaiserlichen Regierung unter jede von einem andern Fürsten gehandhabte Centralgewalt, so wie gegen ein Eingreifen der Reichsgewalt auf die österreichische Gesetzgebung. — Diese gar nichts Positives bietende Note machte auf die österreichischen Abgeordneten selbst einen so niederschlagenden Eindruck, daß in einer allgemeinen Versammlung derselben die Frage aufgeworfen wurde, ob es Angesichts dieses Absagebriefes der österreichischen Regierung mit ihrer Ehre vereinbar sey, an dem Weiterbau der deutschen Verfassung noch länger Antheil zu nehmen? — Aber sie blieben vorläufig; — es stimmten hinfort großentheils auch die Conservativen unter ihnen mit der Linken; sie blieben, auch nachdem am 24. Februar bei einer Zusammenkunft der Bevollmächtigten bei Herrn v. Gagern, der sie eingeladen, die im vorigen Monat nachgesuchten Erklärungen ihrer Regierungen abzugeben, Herr v. Schmerling erklärt hatte, daß er „gar keine Erklärung abzugeben habe!“ Dagegen lud derselbe am 8. März sämtliche Bevollmächtigte, mit Ausnahme des abwesenden preussischen, zu sich, und legte ihnen den Plan der Errichtung eines Direktoriums, mit jährlichem Wechsel der Reichsstatthalterschaft zwischen Oestreich und Preußen vor. — Auf die Oberhauptsfrage, als die wichtigste, beschränkte er sich, und behielt sich weitere Erklärungen über die übrigen Abschnitte vor. Aber diese erfolgten nicht, und es ist nie recht klar geworden, ob v. Schmerling jene Vorschläge im förmlichen Auftrag seiner Regierung, oder im eigenen Namen gemacht hat. —

Die Coalition dauerte fort, die Oestreicher blieben, selbst als die Kunde und der Text der oktroyirten Verfassung für Oestreich als centralisirten Gesamtstaat in Frankfurt ankam, wodurch Oestreich, als unzertrennlicher Staatskörper, vom organischen Zusammenhang mit Deutschland ganz losgerissen wurde, und worin das Verhältniß zu Deutschland nicht mit einem Wort berührt war. Diese thatsächliche Lossagung Oestreichs von Deutschland bewog den bisherigen Großdeutschen Welcker zur Stellung seines berühmten Antrags, welcher aber verworfen wurde, hauptsächlich dadurch, daß jetzt, nachdem Oestreich förmlich erklärt hatte, es erkenne keine fremde Gesetzgebung als für seine deutschen Staaten gültig an, eine Menge österreichischer Abgeordneten auf eifriges Betreiben der Regierung erst gewählt und nach Frankfurt, unter Schmerlings Commando, geschickt wurden, um an einer Gesetzgebung Theil zu nehmen, welche für sie nie gelten sollte; um, im Interesse Oestreichs, das Zustandekommen eines deutschen Reichs oder Bundesstaats zu vereiteln! Herr v. Schmerling selbst war (oder schien?) durch die österreichische

Verfassung überrascht und machte Miene, seine Funktion als Bevollmächtigter niederzulegen, behielt sie aber, auf Befehl seines Hofes, denn doch bei; in dieser Eigenschaft machte er sofort Mittheilung von einem Schreiben des Fürsten von Schwarzenberg, die Grundansicht der österreichischen Regierung über das Verhältniß zu Deutschland enthaltend, und dahin lautend: daß das Reich in eine Anzahl großer Kreise eingetheilt werden und einen davon Oestreich, als untrennbarer Einheitsstaat, bilden solle; die Vertretung derselben bei der Centralgewalt dürfe nur in einem Staatenhause bestehen; die Regierung wolle ein großes starkes Deutschland, mit gemeinsamer Vertretung nach außen, wo sie nützlich sey, aufzurichten helfen; wollte man aber den Bundesstaat anders zusammen setzen, und insbesondere am Volkshaus festhalten, so würde sich Oestreich den daraus nothwendig erfolgenden Gefahren entziehen. — Eine großdeutsche Deputation brachte von Wien ganz anders lautende Drohungen, als die des Sichzurückziehens, mit, und zugleich den Vorschlag zum Staatenhaus, in welchem Oestreich 38, das übrige Deutschland 32 Stimmen haben sollte! — Dem unermüdblichen Eifer und der Gewandtheit v. Schmerlings gelang es, die lebhaften Bedenklichkeiten gewissenhafterer Oestreicher zu überwinden, und die bei der Verhandlung, mit Ausnahme des schimpfenden und verdächtigen Berger schweigenden Oestreicher entschieden durch ihre Stimmen die Niederlage des Welcker'schen Antrags. Sie halfen dann, als die einzelnen Artikel zur Abstimmung kamen, durch Coalition mit der Linken, der Verfassung ein möglichst demokratisches Gepräge ausdrücken und sie dadurch den Regierungen unannehmbar machen, und entsprachen so der Erwartung der österreichischen Regierung „von jedem patriotisch gesinnten österreichischen Abgeordneten, daß er seinen Posten in Frankfurt nicht verlassen werde!“ Erst als, nach Ablehnung der Kaiserkrone von Seiten des Königs von Preußen, die Gefahr des Zustandekommens eines deutschen Reichs zunächst beseitigt war, 5. April, berief Oestreich seine Abgeordneten von der Reichsversammlung ab, deren positive Beschlüsse und Resultate sie nie anzuerkennen Willens gewesen war, deren ihr mißfällige Bestrebungen sie nur hatte lähmen wollen. Dagegen hielt der österreichische Erzherzog, ohne Zweifel auf den Rath seines Hofes, an der Reichsverweserschaft, die er nach Proklamirung der Verfassung sofort hatte niederlegen wollen, ein Vorhaben, dessen Vollziehung er nur auf dringendes Zureden aussetzen zu wollen erklärte, bis sie ohne Gefahr für das Vaterland vor sich gehen könne, doch bis in den Oktober mit großer Beharrlichkeit fest.

Dies, Herr Dr. Buß! sind Thatfachen, die ich etwas ausführlicher zusammen stellte, um Ihre flüchtige Darstellung zu ergänzen, um

Ihre Behauptung, daß „das Ministerium Gagern im Leichtsinne seiner Parteistellung die Unterhandlungen mit Oestreich nicht geführt habe,“ in das richtige Licht zu setzen, um meine Behauptung zu begründen, daß Oestreich, den gerechten Forderungen politischer Freiheit Deutschlands nichts weniger als günstig sey, und im Wesentlichen die Herstellung des alten deutschen Bundes anstrebe. Oestreich behandelte, sobald es wieder Luft bekam, Deutschland nicht mehr als ebenbürtige Macht und als Selbstzweck, sondern als Mittel, als Gegenstand der Beherrschung. Hätte es beim Programm von Kremser bleiben wollen, so hätte es, nach Erschöpfung der gütlichen, versöhnenden Mittel zur Wiedergewinnung Ungarns, mit Recht deutsche, preussische Hülfen in Anspruch nehmen dürfen; und wenn gleich Sie, Herr Dr. Busch! fürchten, in diesem Fall hätte sich Oestreich gar „oft und lang seine Rettung durch Preußen vom preussischen Selbstbewußtseyn vorsagen lassen müssen,“ S. 12, so glaube ich meinerseits, die armen Bewohner Ungarns, — doch auch östreichische Unterthanen! — hätten über die preussischen oder deutschen Hülfstruppen unendlich weniger zu klagen gehabt, als über die raub- und plünderungslustigen Russen; und die Sprache der russischen Generale und des Kaisers selbst klingt wahrlich auch nicht schmeichelhaft für das östreichische Ehr- und Selbstgefühl! Aber Oestreich hat von Deutschland keinen Dienst begehren mögen, dessen Leistung es sich allerdings doch eine loyale, offene, die gerechten Bestrebungen der deutschen Nation nach Einheit anerkennende Politik hätte sichern müssen; es zog vor, sich in die Abhängigkeit von Rußland zu begeben, um nur Deutschland von sich in Abhängigkeit zu erhalten. Kann diese ganze, hier dargelegte Politik, uns Deutschen Vertrauen zur östreichischen Regierung einflößen?

Die Frage: ob denn die preussische Regierung ehrlicher und offener gehandelt habe? bejahe ich mit der größten Zuversicht, obgleich ich auch an ihr Manches zu tadeln finde, und es in meinen frühern Aufsätzen freimüthig — Manche haben mir vorgeworfen: zu scharf! — gethan habe. Zum Maßstab der Vergleichung mögen die zwischen beiden Regierungen geführten, von Preußen veröffentlichten Unterhandlungen dienen. Den preussischen Schriften liegt durchaus die Anerkennung des gerechten Verlangens der deutschen Nation nach Einheit und Freiheit, und der Nothwendigkeit, durch Gewährung die nationale Partei zu befriedigen, zu Grunde; in den östreichischen klingt als Grundton die Herstellung der Ordnung, der Widerwille gegen die ganze deutschgesinnte Partei, und die Sehnsucht nach einer dem alten Bund möglichst ähnlichen Organisation Deutschlands durch.

Ich will über die Politik Oestreichs nicht viel moralisiren; ich gebe

zu, daß sie, materiell, theilweise in den Verhältnissen Oestreichs gegründet seyn mag; aber dann sage ich: um so mehr Grund für Deutschland, sich von dieser, seinen Interessen nicht bloß zufällig und augenblicklich, durch Einfluß und Schuld einzelner Personen, sondern nothwendig und bleibend feindseligen Politik ganz zu emancipiren! Ich gebe ferner zu, daß die Politik Oestreichs, namentlich gegenüber von Deutschland, eine konsequente, eine auf mehr als hundertjähriger Tradition beruhende und konstante ist; ja! von Kaiser Karl V. an haben die Habsburger Deutschland zu Vergrößerung ihrer Macht auswärts, zu Führung ihrer Kriege in dynastischem Interesse gebraucht, und hinwieder, gestützt auf ihre außerdeutschen Besitzungen, Deutschland nicht etwa nur als Reich stärken, sondern sich, der östreichischen Dynastie unterwerfen wollen. Aber aus dieser Anerkennung ziehe ich auch wieder nur die obige Folgerung. Der preussischen Politik läßt sich dagegen mit Grund der Vorwurf der Unsicherheit, des Schwankens machen, und dieser Vorwurf wiegt nicht leicht. In die durch den großen Friedrich II. eroberte Rolle einer europäischen Macht wußten sich seine Nachfolger nicht sogleich recht zu finden, und freilich hatte selbst der große König, geleitet von den Inspirationen seines Genies und je nach den wechselnden Umständen, aber immer mit Sicherheit und Energie handelnd, ihnen keine feste Anleitung und Regel hinterlassen können. So hat Preußen in den französischen Revolutionskriegen, wie gegen Polen, eine schwankende Haltung gezeigt, es hat den schmählichen Basler Separatfrieden geschlossen, 1795, und von dieser Zeit an bis zum Jahr 1806, während Oestreich, mit England und Rußland, den Krieg gegen Frankreich immer erneuerte, eine Neutralität beobachtet, die ihm weder in Deutschland Gunst und Ehre, noch von Frankreich Achtung und Sicherheit erwarb. Von ungeschickten, wo nicht verrätherischen Diplomaten wurde es im Jahr 1805 von der Theilnahme am Kriege gegen Napoleon zurückgehalten, erbitterte aber Napoleon durch seine Drohungen ohne Thaten, und erlag nun im folgenden Jahr, nur von Rußland unterstützt, den Waffen der Franzosen und der mit ihnen verbündeten Süddeutschen, — wenig bedauert. Unsicher, schwankend, unselbständig war, nach den edel und weise benützten Jahren der Trübsal und nach den glorreichen Befreiungskämpfen, die Politik Preußens wieder während der Bundestagszeit, nur durch Stiftung des Zollvereins rühmlich bezeichnet, und nicht ohne Schwankungen ist auch der Charakter der Regierungspolitik seit 1840, so wie seit 1848 gewesen. Aber wenn Preußen, seiner Dauer als Großmacht nach noch gleichsam in den Jünglingsjahren stehend, längere Zeit der männlichen Haltung und Consequenz ermangelt, wenn es sich bald allzu vertrauensvoll angeschlossen, bald auf eigne Faust zu feck eingegrif-

fen, wenn es etwas unsicher umhergetastet hat: so hat es doch im Ganzen und in den neuesten Zeiten unzweideutige Proben abgelegt, daß es die Nothwendigkeit, die ausschließliche Zuträglichkeit einer aufrichtig deutschen Politik begriffen hat, daß es daran festhalten will. Gefunden hat Preußen und erkannt die politische Bahn, auf welcher sein und Deutschlands Vortheil und Ruhm beisammen liegen; es hat das in der Stiftung des deutschen Fürstenbunds liegende Testament Friedrichs II. verstanden und angetreten, es wird sich von dieser Politik der Stärke und der Ehre weder durch Lockungen noch durch Drohungen abziehen lassen.

In der Festhaltung dieser Politik, den deutschen Bundesstaat unter seiner Oberleitung zu gründen, worin Sie freilich eine „Eroberung gegen Deutschland“ erblicken, und eine „Selbstüberhebung Preußens,“ erkennen wir nur das Verständniß des ihm durch die Natur der Dinge angewiesenen nationalen Berufs, während wir der bisherigen Politik Oesterreichs nicht, mit Ihnen, das Prädikat der „Bescheidenheit,“ sondern nur das der anmaßenden Herrschsucht zu geben wissen. Wir wollen Preußen zum Kern des an seine gebiegene Macht sich anschließenden reindeutschen Bundesstaats, wir wünschen Oesterreich mit dem deutschen Bundesstaat innigst geeinigt, aber wir wollen eine von Deutschland unabhängige Macht nicht über Deutschland setzen; wir können mit einer solchen nur in ein Vertrags- und Bundes-, nicht in ein Inkorporations-Verhältniß treten. Warum aber Oesterreich, wenn ihm ein beider Theilen nützlich und nothwendiges Unionsverhältniß angeboten wird, dieß ausschlagen, und der Feind Deutschlands werden sollte, das ist nicht wohl einzusehen, wenn anders auch die östreichische Politik sich von bleibenden Interessen und nicht von vorübergehenden Empfindlichkeiten bestimmen läßt.

Ihre auf objektiven Gründen beruhenden Einwendungen, Herr Dr. Buß! gegen Preußens Oberherrschaft geben mir, sofern sie nicht im Bisherigen beleuchtet sind, zu einigen weiteren Bemerkungen Anlaß. Sie vermiffen „die Gewähren für die religiösen Interessen der Katholiken“ bei der preussischen Oberherrschaft. Aber daß „die preussische Regierung die Freiheit der katholischen und der eignen protestantischen Kirche feindselig und systematisch verfolge (so daß die Gerechtigkeit des Königs diesem System nur vorübergehende Zugeständnisse abtroze)“, das hat mich in Wahrheit überrascht zu hören! Die protestantische Kirche mag unter der vorigen Regierung Grund gehabt haben, über staatliche Bevormundung sich zu beklagen, z. B. in der Unions- und Agenden-Sache; aber die vertragsmäßig festgestellten Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche wurden in Preußen sorgsam geachtet, und die Maßregeln gegen

den Erzbischof von Köln, die immerhin übereilt werden genannt werden müssen, überraschten namentlich auch als eine unerhörte Ausnahme von der gewöhnlichen Praxis. Sonst galt und gilt Preußen, das selbst die überall verfolgten Jesuiten duldete, seit Jahrhunderten als das klassische Land der Toleranz; und in das Geschrei über die Unduldsamkeit des jetzt regierenden Königs werden Sie, der Sie ja gerade seine Gerechtigkeit rühmen, nicht einstimmen. Bekannt ist, daß ihm ernstlich am Herzen liegt, der protestantischen Kirche eine selbständigere, unabhängigerer Stellung bleibend zu schaffen und zu verbürgen; und die Verfassung wird die Bürgschaften für die Freiheit aller Kirchen verstärken. Das aber möchte ich jeden Unparteiischen fragen, ob eher protestantische oder katholische Regierungen die „Skavenhälter“ (S. 32) anders glaubender Unterthanen gewesen sind?

Aber Sie behaupten keine Gewähr zu haben für die Verfassung des Reichs selbst, denn „eine Regierung, die erklärt hat, es soll kein Fegens Papier störend zwischen den König und das Volk treten, und später, der gerechten Forderung des Volks entsprechend, doch eine verbrieftete Verfassung oktroyirt, und das Oktroyirte wieder umoktroyirt, weiß entweder nicht, was sie gibt, oder sie achtet das Gewährte nicht.“ Sie bezweifeln also, Herr Dr. Bus! die Zuverlässigkeit und Treue desselben Königs, dessen Gerechtigkeit Sie ein paar Zeilen zuvor gepriesen! des Königs, ja, obwohl Sie „Regierung“ sagen; denn der König hat bei Eröffnung des vereinigten Landtags, also ehe es eine verantwortliche Regierung gab, die von Ihnen, jedoch ungenau, angeführten Worte gesprochen! Uebrigens wissen Sie wohl selbst zu unterscheiden zwischen der Gewährung dessen, was man nie gewähren zu wollen und zu dürfen erklärt hat, und der willkürlichen Zurücknahme dessen, was man einmal gewährt hat. Die Nachoktroyirung eines veränderten Wahlgesetzes ist ein beklagenswerther Vorgang; Wer aber zugibt, daß mit der aus dem ursprünglichen Wahlgesetz hervorgegangenen zweiten Kammer nicht fortzukommen war, der möge angeben, welche andere Auskunft hätte ergriffen werden sollen; die einmal festgestellte Reichsverfassung wird auch viel weniger einer Antastung ausgesetzt seyn, als die noch nicht ins Leben getretene, oktroyirte preussische Verfassung. — Umoktroyirt hat Oestreich freilich noch nicht; aber der östreichische Reichstag ist auch noch in weiter Ferne!

Sie vermissen die Gewähren für Reinerhaltung der Schulen; denn die preussische Regierung habe alle ihre Schulen von Unglauben und Hegelei anfressen lassen. — „Alle“ das ist doch zu stark! obwohl die Anklage nicht ohne Grund ist; und Friedrich Wilhelm IV. werden Sie da-

für gewiß nicht verantwortlich machen. Aber die Schulen in den Einzelstaaten stehen nicht unter der Reichsregierung, und bei der gesicherten religiösen und kirchlichen Freiheit wird es den religiös und kirchlich Gesinnten, wird es den Kirchen leichter seyn als bisher, sich des Unglaubens in den Schulen zu erwehren.

Sie vermiffen die „Garantie für die Ehre, Würde, Größe des Vaterlandes, wenn diese Opfer von der reichsvorständlichen Monarchie fordern,“ und deuten auf den Basler Frieden und Schleswig. Im Basler Frieden verletzte Preußen noch nicht die Pflichten eines Reichsvorstandes; in Schleswig hat es große Opfer, in die Millionen, wirklich gebracht, — während die Reichsversammlung die Uebernahme der Entschädigung auf das Reich ablehnte! — es hat untröstlichen Waffenstillstand geschlossen, ja! aber Oestreich ist fortwährend mit dem Reichsfeind Freund geblieben! und wäre es wohl so traurig gegangen, wenn Preußen schon das einige Deutschland hinter sich, und eine deutsche Flotte gehabt hätte?

Sie schelten den Zollverein, den wir haben, und rühmen den Zollverein mit Oestreich, den wir bekommen sollen; ob? und wann? ist noch ganz ungewiß. Ein Sperling in der Hand ist nach dem Sprüchwort besser, als eine Taube auf dem Dach; aber wie, wenn die vermeintliche Taube ein ungenießbarer zäher Rabe wäre? Daß der preussische Zollverein fast einen Thaler auf den Kopf, die östreichische Zollkasse nur etwa 35 Kreuzer, 10 S.G. einnimmt, mithin für Baden etwa 1 Million, für Württemberg 1½, für Bayern 4—5 Millionen Einnahme wegfielen; daß Ungarn, die Lombardei und Tyrol uns mit Produkten wie Wein, Getreide, Tabak, Häuten, daß diese und andere Provinzen uns mit sehr wohlfeilen und guten Fabrikaten und Manufakten in Wolle, Seide, Glas, Leder u. s. w. überschwemmen würden, daß Ungarn und die Donauländer für jetzt und auf lange hinaus zur Auswanderung nicht einladen können, — das Alles und vieles Andere wissen Sie als Mann vom Fach viel besser als ich.

Daß die Preußenliebe Sie nicht blind macht, Herr Dr. Buß, das glaubt Ihnen Jedermann; aber auch die Abneigung — den Haß verdammen Sie, — macht blind! Und von Abneigung kann ich Sie nicht freisprechen; sagen Sie doch selbst: „unser ganzes süddeutsches Wesen sey gegen das Preußenthum natürlich gestimmt;“ Sie werfen den Preußen Unnatur, Gespreiztheit, ewige Selbstvergötterung vor; Sie sprechen von den Eroberungsgelüsten der preussischen Kammern gegen Deutschland; Sie erklären es für eine ewige Anklage gegen Preußen, daß es die Noth Oestreichs, die Verlegenheiten der kleinen Staaten für seinen Vortheil habe ausbeuten wollen. Selbstsüchtig und zugriffsig nennen Sie Preu-

fen; und von der erbkaisерlichen Partei in der Paulskirche reden Sie in einem Tone, wie wenn es Thoren und Intriganten gewesen wären, zu dem Zwecke verschworen, Preußen einen Hasen in die Küche zu jagen. (S. 9.)

Jedes Volk, jeder Stamm hat seine eigene Art, und so auch die verschiedenen deutschen Stämme; aber wenn allerdings Norddeutsche und Süddeutsche in ihrer Art zu seyn und sich zu geben einen starken Gegensatz bilden: so sind doch die Preußen keineswegs Alle Norddeutsche; die Rheinländer sind es nicht, die Schlesier nicht, und es zeugt überhaupt von keiner hohen Humanität und Bildung, wenn man sich in eine fremde Art gar nicht zu finden weiß. Mehr jedoch als das angebliche steife, gemachte, gespreizte Wesen der Preußen genirt und ärgert Viele der Hochmuth, die Selbstvergötterung, die Prahlerei die man ihnen schuld gibt. Die Preußen haben, und haben mit Recht ein politisches Selbstgefühl, ein stolzes Bewußtseyn ihrer zwar jungen, aber glänzenden Geschichte, das sich wohl auch im Uebermaß und in unpassender Weise kund geben mag, das wir ihnen aber nicht verargen dürfen, um das wir sie zu beneiden haben und welches wir uns bestreben sollten, mit ihnen zu theilen. Wollte Gott, die Deutschen wären einmal so weit, mit Recht politischen Stolz, nationales Selbstgefühl zu hegen! aber mit dem Preußenhaß werden sie es dazu am wenigsten bringen! — Sie klagen über die Eroberungsgelüste, die Zugriffigkeit Preußens; Sie meinen, ich hätte mich hüten sollen, an Friedrich II. zu mahnen. Die Wegnahme Schlesiens will ich vom sittlich-rechtlichen Gesichtspunkt nicht in Schutz nehmen; ich verweise Sie jedoch auf den dem Machiavellismus gewiß nicht holden F. C. Schloffer, Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts, Band II. S. 5 u. flg. wo „der gerechte Anspruch Preußens an einige Stücke von Schlesiens, wofür Oestreich immer Abfindung versprochen, das Versprechen aber nie erfüllt hatte,“ und eine schöne Intrigue Oestreichs aus früherer Zeit dargethan wird, welches dem großen Churfürsten für seine schlesischen Ansprüche den Schwibuser Kreis abtrat, aber sich von dessen Sohn und Nachfolger, für gewisse Unterstützungen, einen Revers ausstellen ließ, diesen Kreis wieder zurückzugeben! — Hatte sich Oestreich über Friedrich II. zu beklagen, so begab es sich jedenfalls seines moralischen Rechts hiezu, als es mit ihm an der Verraubung Polens Theil nahm, und überhaupt ist auch Oestreich nicht bloß durch Heirathen groß geworden! Ein zu großen Dingen, zu einer Weltstellung berufener Staat — und als solchen hat Preußen sich jetzt schon bewährt und wird sich hoffentlich noch entschiedner bewähren! — hat nothwendig den Trieb und Drang, sich zu vergrößern, und eine gewisse Sühne des dabei verletzten Rechts liegt in der Hebung

der eroberten Länder, in der lebendigen Assimilierung derselben mit dem Staatsorganismus und dem Volksgesist, im Zweck und Gebrauch der dadurch verstärkten Macht. Diese Probe hat Preußen, Deutschlands Befreier von fremdem Joch, rühmlich bestanden, es hat Schlesien ungemein emporgebracht, es hat Bosen schon zur Hälfte friedlich, durch deutsche Cultur, erobert, es hat Sachsen und die Rheinlande in die Gemeinschaft des preußischen Volksgesistes aufgenommen, es hat sich für seine national-deutsche Aufgabe gestärkt, es hat den Zollverein gegründet, es wird den Bundesstaat aufrichten. „Zugriffig“ hat sich Preußen gerade in neuester Zeit nicht gezeigt; es hat die Noth Oestreichs gerade nicht benützt, wie es nach der Ansicht vieler hätte thun sollen, und schwerlich hätte Oestreich, — das mit Deutschland sein Spiel trieb! — die Skrupulosität so weit getrieben; es hat den kleinen Staaten den ihnen hochnöthigen Anhaltspunkt und Schutz gewährt; es hat Sachsen, wo es die Flamme des Aufbruchs löscht, so wenig gefesselt, daß dieses jetzt schon das zu andrer Zeit gegebene Wort zu brechen wagen darf; es zieht schon wieder die meisten Truppen aus Baden zurück; es hat dem mit Recht undankbar genannten Baiern die Pfalz, welche die Regierung zu München Wochen lang zappeln ließ, ohne ein Heer zu schicken, fast ohne einen Schuß wieder gewonnen und zurückgegeben; der König von Preußen hat nicht nach der Kaiserkrone gegriffen, obgleich er, einmal im Besitz, der Demokratie wohl mit Gewalt hätte Meister werden können, — und doch muß Preußen zugriffig heißen! doch wird es Preußen zum Verbrechen angerechnet, wenn einsichtsvolle, patriotische Männer der Paulskirche die nicht Preußen sind, wenn Gagern, Dahlmann, Baffermann u. A. die Nothwendigkeit erkannten, Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen, und wird diese, in der Lage der Dinge begründete Idee wie eine willkürliche Intrigue, wie eine von Preußen angezettelte Verschwörung behandelt. Auch Sie reden (S. 28) „von der Kraftlüge und der Selbstsucht, welche nun einmal den Ausschluß Oestreichs beschlossen hatte,“ und leisten der Meinung Vorschub: preußische Herrschaftsucht habe die ganze Paulskirche dominiert. Und doch gelangte die Versammlung erst allmählig aus dem unklaren, überschwänglichen Taumel zur nüchterneren Einsicht in das durch die Natur der Dinge Vorzeichnete und das Mögliche; ganz schüchtern hielten sich Anfangs die preußischen Mitglieder, vielfach geneckt und gereizt, zurück; der Antrag Brauns von Kößlin, dem König von Preußen die provisorische Centralgewalt zu übertragen, wurde mit Hohngelächter aufgenommen; und alle Preußen, (etwa Republikaner ausgenommen) gaben dem östreichischen Erzherzog ihre Stimme, obgleich dadurch den östreichischen Ansprüchen und Anmaßungen, wie der Erfolg gezeigt hat, eine sehr gefährliche Hand-

habe eingeräumt wurde. Und wenn Sie überall preussische Umtriebe und Gelüste wirksam finden, so will ich Sie auf einen schon von H. Laube erwähnten Brief seines großdeutschen Destreicher der Paulskirche, H. v. M., vom Juli 1848 aufmerksam machen, welcher beweist, wie wenig einzelne Destreicher wenigstens vom Geiste neidloser Brüderlichkeit und rein deutschem Patriotismus erfüllt waren, wie damals schon konservative Destreicher auf eine Coalition mit den Republikanern gegen Preußen spekulirten! Folgendes ist das Wesentliche dieses Briefes:

Es gelte jetzt, heißt es in diesem Briefe, richtig aufzutreten und die für Erzherzog Johann günstige Meinung zu benützen. Als Schritte für die Zukunft werden angerathen:

- 1) „Amnestie für alle politische Vergehungen, d. h. Erklärung an das deutsche Volk, daß der Reichsverweser alle Regierungen Deutschlands aufgefordert hat, diese Amnestie zu erlassen. Dieß geschähe am besten von Wien aus.
- 2) Erkenntniß des politischen Terrains. Schmerling ist der Düpe Preußens. Preußen will um jeden Preis das Supremat. — Darum will es jeden Destreicher, und durch sie den Erzherzog abnutzen. Daher große Thorheit von Schmerling, die Stelle anzunehmen. Warum that das Camphausen nicht? Destreicher sollten jetzt nur in den zweiten Stellen, immer aber die Preußen oder Hannoveraner, nach ihnen die Baiern, in erster Linie gestellt werden. Das muß des Erzherzogs Politik seyn.

Die Parteien sind: die Rechte	200 Preußen.	
	100 Destreicher.	
	<hr style="width: 100%;"/>	
	300	
die Linke	120	} 250
die Mitte	130	
Zusammen	<hr style="width: 100%;"/>	
	550.	

Linke und Mitte sind 250 stark.

Hiezu die Destreicher 100

350, daher Uebergewicht über die Preußen allein 350 gegen 200 = 150, was eine große Majorität gibt. Johann's Schwerpunkt liegt daher nicht auf der Rechten; d. h. er muß **Preußen abnutzen**.

Wer ihm was anderes rathet, der versteht nichts.

- 3) Unverweiltete Ernennung des Königs von Württemberg zum Reichsfeldherrn.
- 4) Ernennung eines preussischen Prinzen, oder Antrag hierauf, als Großadmiral.

- 5) Ernennung Beckeraths zum Minister des Aeußern und Präsidenten des Conseils, Mevissen's zum Staatssekretär.
 6) Sonst Anstellung der Linken und des Centrums in allen kleineren Chargen."

Ist das nicht klar gesprochen? O über die östreichische Treueherzigkeit!

Sie glauben endlich, Herr Dr. Buß, bei Preußens Oberhauptschaft, auch „keine Gewährung für die rechtmäßigsten Sonderinteressen der einzelnen Stämme“ zu finden. Ach ja! Da haben wir eben wieder den alten Partikularismus, zuversichtlich auf sein unbestreitbares Recht pochend! Ich weiß freilich nicht, wiefern jene rechtmäßigen Sonderinteressen durch die Berliner Reichsverfassung gefährdet sind, und was Sie unter den „rechtmäßigsten“ verstehen, wie weit Sie diesen Begriff ausdehnen; aber das weiß ich wohl, daß dieß eine Einwendung, ein Beweis ganz ad hominem ist, und daß, so lange man als etwas Selbstverständnes den Vorzug der Sonderinteressen vor dem Gemeininteresse voraussetzt, so wenig aus der deutschen Einheit etwas werden kann, als dieser Partikularismus den Namen des Patriotismus verdient. Bei Ihnen, Herr Dr. Buß, scheint es mir jedoch die Bewandniß zu haben, daß Sie die Sonderinteressen hauptsächlich gegen Preußen wahren zu müssen glauben, von der Oberherrschaft Oestreichs aber dieselben wenig bedroht halten würden. So glaube ich auch die Stelle S. 29 nur als gegen die preussische Reichsvorstandschafft gerichtet und gültig ansehen zu müssen, wo Sie sagen: „die Fürsten dieser (der mittlern) Staaten haben ganz Recht, wenn sie sich nicht mediatisiren lassen; ihre Souveränität ist so viel werth als die preussische, und eine bairische Seele wiegt so viel, als eine preussische. Das Selbstbewußtseyn dieser Fürsten läßt sich so gut rechtfertigen, als das Ihres Reichsvorstandes, und Sie haben kein Recht, diesen Widerstand, sich für Preußens Verherrlichung abschlahten zu lassen, provinzielles Vorurtheil, bornirte Stammeiseitlichkeit zu schelten.“

„Eine bairische Seele wiegt so viel als eine preussische,“ das gebe ich Ihnen vollkommen zu, — ja noch mehr! im Hinblick auf die Behauptung Platon's, daß das Körperliche durch langen Verkehr, Umgang und Gewohnheit gleichsam mit der Seele verwachse und etwas sehr Belastendes und Schweres für die daran hängende Seele sey, kann ich zugeben, daß manche bairische Seele viel schwerer wiege als eine preussische, — aber was soll das beweisen? In den Bundesstaat treten nicht die Einzelnen, sondern die Einzelstaaten als solche ein, — und dadurch unterscheidet sich der Bundesstaat vom Einheitsstaat: deswegen hat

auch der größere Staat mehr Rechte oder Einfluß als der kleinere, so wie bei einer Aktiengesellschaft der Besitzer vieler Aktien mehr Einfluß hat, als der von einer, obwohl jede Aktie an sich der andern gleich gilt. Daß nun, wenn nicht eine kollegialische Oberleitung beschlossen wird, der mächtigste Staat an die Spitze des Bundesstaats treten müsse, das werde ich Ihnen nicht erst zu beweisen brauchen, denn auch Sie fordern nicht, daß man den König von Baiern obenan stelle, sondern, wenn nicht Oestreich allein, dann ein Direktorium. Aber Ihre andern Behauptungen: „die Souveränität jener Fürsten ist so viel werth als die preußische . . . ihr Selbstbewußtseyn läßt sich ebenso gut rechtfertigen“ u. s. w. — die läugne ich Ihnen ins Angesicht! Nein! die Souveränität des Königs von Baiern ist nicht so viel werth, als die preußische — einmal deswegen, weil Baiern nur zum vierten Theil so groß ist wie Preußen, vier Schnitze aber immer noch nicht einen ganzen Apfel geben; weil es ferner mit der Souveränität eines Landes, — oder „Reiches“ wie sich Baiern ja auch nennt! — schlimm bestellt ist, das eine aufrührerische Provinz sich von einer andern Macht wieder erobern lassen muß; endlich weil Baiern seine neugebackene Souveränität als Geschenk und Gnade vom Reichsfeind, von Napoleon, das Königreich Preußen dagegen die seinige vom deutschen Kaiser erlangt hat. Ich habe hier eine klassische Autorität für mich — Sie selbst, Herr Dr. Bus! Denn (S. 14) um die deutsche Kaiserwürde für Oestreich zu reklamiren, führen Sie folgenden Beweis, der als zweischneidiges Schwert Sie selbst verwundet: „Wie ging das deutsche Reich mit der deutschen Kaiserwürde Oestreichs unter? durch den Treubruch der Reichsfürsten Was im Jahr 1806 geschah, ist rechtsungültig, und da die deutsche Nation, um deren Reich es ging, bis zum Jahr 1848 keine Gelegenheit hatte, ihre Rechtsverwahrung einzulegen und geltend zu machen, so ist jetzt die Zeit für die Nation eingetreten, eine Wiederherstellung in den vorigen Zustand zu bewirken, und die jetzigen deutschen Fürsten haben hier nur die Fehle ihrer Vorgänger zu sühnen.“ Vortrefflich! Zwar zur Wiederannahme der deutschen Kaiserkrone könnte der jetzige Kaiser von Oestreich rechtlich nicht gezwungen werden, obwohl er sich gern würde zwingen lassen, auch könnte er sie nicht fordern, weil sie durch Wahl verliehen wurde, und nur die Nation wäre, nach Ihrer Argumentation, berechtigt, sie ihm zu übertragen; aber ebenso berechtigt ist sie, von den durch Napoleon souverän erklärten Fürsten oder deren Nachfolgern die Verzichtleistung auf die rechtsungültig, durch „Treubruch“ erworbene Souveränität zu fordern! Die von der Gewährleistung des Erworbenen von Seiten der verbündeten Monarchen durch den Ver-

trag von Nied u. s. w. hergenommene Einwendung entkräften Sie selbst durch die Anrufung des Rechts der deutschen Nation, die seither keine Gelegenheit gehabt, Rechtsverwahrung einzulegen. — So steht es mit der Souveränität von Baiern und den andern Königreichen, gegen deren „Mediatisirung,“ ja „Abschlachtung“ Sie so heftig protestiren, während durch ihren Rücktritt in eine dem Reich oder dem Bundesstaat untergeordnete Stellung doch nur „die Fehle ihrer Vorgänger gesühnt würden.“ Ob ein Direktorium gegründet, ob Oestreich oder Preußen an die Spitze gestellt werden soll? das ist dann eine Frage für sich; aber mit scheint, nach Ihren Voraussetzungen können Sie der Nation das Recht nicht bestreiten, ein Oberhaupt, ein erbliches Oberhaupt aus einer andern Dynastie als dem Hause Habsburg zu wählen, oder eine, dahin gehende Verfassung anzunehmen.

Hiermit glaube ich alle Hauptpunkte Ihrer Schrift berücksichtigt, und keinen Ihrer Angriffe gegen meine Schrift unerörtert gelassen zu haben. Mit Wissen und Willen habe ich nicht Einen meiner von Ihnen bestrittenen Sätze als unhaltbar aufgegeben und mit Stillschweigen übergangen, wohl aber hätte mich manche Ihrer Behauptungen zur weitern Erörterung reizen können, wenn es mich nicht zu weit geführt hätte, z. B. daß „im Direktorium jede Regierung nach Verhältnis der Größe ihres Landes vertreten seyn sollte;“ die „schmale Spitze“ des Direktoriums, die aber eben nicht eine Spitze, weil keine Einheit ist: was Sie von dem bisher „mit Recht“ geübten politischen Einfluß Oestreichs auf Deutschland sagen: Ihre Klüge des „heillosen Bundes der äußersten Rechten, der äußersten Linken und beider Centren;“ und Anderes. Wenn Sie mich versichern: „in der so ungläubigen und glaubensgleichgültigen Paulskirche war der Kampf über die Oberhauptsfrage von Seite der Mehrheit vorherrschend ein konfessioneller,“ und weiter behaupten: „auch im jetzigen Stand der Frage beherrsche dieß Moment die Protestanten viel mächtiger, als die Katholiken,“ so kann ich mir diese Ihre Ueberzeugung wohl erklären aus Ihrer Anschauungsweise und Auffassung der Frage, die Sie dann auch den Gegnern leihen; aber ich bezweifle sehr, daß das konfessionelle Moment bei der Mehrheit der Versammlung, — deren religiöses Interesse Sie allerdings kaum zu stark charakterisiren, — bewußt oder selbst unbewußt von Einfluß war. Vorzugsweise und streng protestantische Staaten, wie Sachsen, Hannover, Württemberg haben ansehnliche Kontingente von antipreußisch Gesinnten geliefert, und dagegen haben katholische Preußen mit den Großdeutschen gehalten. Ueberhaupt glaube ich bemerkt zu haben, daß die katholische Partei diese politische Frage zwar ausdrücklich als eine konfessionell-wichtige zu behandeln

vermeidet, — wodurch gläubigen und gleichgültigen Protestanten der Anschluß an sie erleichtert wird, — aber trotzdem immer das konfessionelle Moment derselben vor Augen und vor der Seele hat.

Am Schluß Ihrer Schrift, wo Sie Sich, den Großdeutschen, den Triumpheinzug in die Paulskirche der Zukunft mit entfalteter Fahne weissagen, ergießt sich Ihre Galle noch einmal gegen die „Bankrottirer von Gotha.“ Das thut mir leid um Ihre Willen, nicht für jene Männer, welche sich über solchen Unglimpf werden zu trösten wissen. Ich könnte Sie fragen, Herr Dr. Buß, wo hat sich denn eine solche Phalanx Ihrer großdeutschen Partei, deren Aussichten durch Ablehnung der Kaiserkrone und der Verfassung stiegen, zusammengeschaart, wie die Gothaer? Wenn unmittelbar nach einem solchen Scheitern, herbeigesührt nicht durch eigne Schuld, sondern durch die Handlungen Anderer, durch Umstände die, von ihrem Willen unabhängig, außer ihrer Macht lagen, eine politische Partei doch noch die moralische Kraft besitzt, sich in der Art zusammenzuschließen und mit ungebeugtem Muth Hand an's Werk zu legen, so zeugt das gewiß, Herr Dr. Buß, nicht von bankrotter Hoffnung oder Gesinnung, sondern von einem reichen Grundstock sittlicher, geistiger Stärke, von einem freien und stolzen Bewußtseyn. Was sie fürchten, das ist nicht etwa die Vereitlung selbstsüchtiger, ehrgeiziger Pläne, nicht der Verlust der Popularität oder des Rufes als glückliche und große Staatsmänner, — es ist, um in Ihrem Bilde zu sprechen: der Bankrott Deutschlands! Verhüte Gott, daß es dazu komme! aber unmöglich ist es nicht bei der Armuth an wahren Patriotismus, die seit Jahresfrist offenbar geworden ist. Kommen kann es dahin, wenn die Spekulationen der Großhändler gelingen, welche auf die Baisse Deutschlands spielen! Geschäftig ziehen ihre Mäcker umher, und die Verluste der kleinen Leute, d. h. der Nation werden nicht in Anschlag gebracht. Freilich ist es diesen Spekulanten um eignen Reichthum zu thun; aber sie dürften erleben, daß der Bankrott Deutschlands auch ihren Ruin nach sich zieht. Wer wollte, selbst jetzt, die Hoffnung aufgeben, daß Deutschland doch noch eine große Bestimmung vor sich habe, sie erreichen werde? aber Wen beschliche nicht auch in Stunden der Niedergeschlagenheit der trübe Gedanke: wie jene alten freiheitsliebenden Germanen, von welchen Tacitus erzählt, beim verwegenen Würfelspiel zuletzt die eigne Freiheit einsetzten und verloren, so könnte die deutsche Nation, aus ihrem Freiheitsrausche gar nicht mehr zum klaren Bewußtseyn erwachend, ihre Macht, Ehre, Freiheit, ihren Namen und sich selbst verspielen?

Sie, Herr Dr. Buß, der Sie von einem deutschen Siebzigmillionenreich, zwar nicht für den Augenblick, aber für eine nahe Zukunft träu-

men, Sie lächeln vielleicht über diese Besorgniß; Sie sehen in dem sich wieder aufrichtenden Oestreich den sichern Bürgen und Protector Ihres ersehnten Großdeutschlands; wir aber, die wir ein rein deutsches Reich von 32 Millionen für nicht zu klein halten, um mit Ehren seinen Platz unter den mächtigen Staaten Europas zu behaupten, wir würden in jenem austrogermanischen Riesenreich eben kein Großdeutschland erblicken, und in der Anhängung, der Einverleibung Deutschlands in Oestreich die Niederlage der deutschen Hoffnungen, den Anfang vom Ende sehen. Oestreich mag noch eine große Sendung und Zukunft haben, wenn es die Idee Josephs II., welche er nur zu ungestüm, zu despotisch und vielleicht zu früh zur Ausführung zu bringen strebte: die Verschmelzung der verschiednen Völkerstämme zu Einem Staate, im Geiste der Besonnenheit, der Gerechtigkeit und Freiheit, mit weiser Benützung der guten, gesunden, frischen Kräfte der Völker selbst, ins Leben zu führen trachtet. In rühmlichem, fruchtbarem Wettstreit mit den andern Nationalitäten kann das deutsche Element, der deutsche Geist, bisher schon unbezweifelt vorwaltend, den Samen einer neuen, geistigen und politischen Bildung unter den wenig entwickelten Völker des Ostlands austreuen, ihnen ein Bringer heilsamen Lichtes werden; aber als Beherrscher der deutschen Nation würde Oestreich nur wieder die betäubenden, schlummerbringenden Körner des Mohns austreuen und in trüber, bleierner Dämmerung das hier ausgegangene geistige Licht einhüllen und ersticken.

